

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.  
Herausgeber: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postgeschäftsamt Dresden Nr. 2486. — Stadtgitaronto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzelle über deren Raum 30 Pf., die  
66 mm breite Grundzelle oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Ein-  
gefahnd 90 Pf. Erhöhung auf Geschäftsanzeigen, Familienanzeigen u. Stellen-  
suche. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verlausliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.  
Verantwortlich für die Redaktion: J. B.: Oberregierungsrat Hans Glod in Dresden.

Nr. 116

Dresden, Mittwoch, 20. Mai

1925

## Die kleine Zolltarifnovelle.

Die Reichsregierung hat am Dienstag abend die sogenannte kleine Zollvorlage der Öffentlichkeit übergeben. Obgleich sie nur eine Übergangszeit regeln soll, umfaßt sie nicht weniger als 175 Seiten.

Der Entwurf schlägt zunächst die Wiedereinführung der früheren allgemeinen Zollabgaben vor. Der Zoll beträgt demnach pro Doppelzentner bei Roggen 5 Reichsmark, bei Weizen und Speltz 5,50 Reichsmark, bei Gerste 2,30 und bei Hafer 5 Reichsmark. Um die Bereitstellung der Nahrungsmittel aber nicht direkt einzufangen zu lassen, steht der Entwurf für eine Übergangszeit bis zum Beginn des nächsten Reichswirtschaftsjahrs, also bis zum 31. Juli 1926, ermäßigte Zölle vor, und zwar pro Doppelzentner 3 M. für Roggen, 3 M. für Weizen, 2 M. für Gerste und 3 M. für Hafer. Diese Zölle sind, wie bereits gesagt wurde,

Wendezölle, abzischen von der Änderung des Wendezollhauses für Gerste. Danach dürfen die Zölle bei vorzugsähnlichen Abmachungen bei Roggen nicht unter 5 M., bei Weizen nicht unter 5,50 M., bei Gerste nicht unter 2,30 M. und bei Hafer nicht unter 3 M. pro Doppelzentner herab gesetzt werden.

Der Entwurf bringt ferner den Vorschlag eines Zolles für Herbstkrautfleim. In der Vorlagezeit erscheinen, wie der Reichswirtschaftsminister Graf Rahn bei der Begründung der Vorlage betonte, ein Herbstkrautfzell nicht notwendig, weil Deutschland unter Bedeutigung der Lage auf dem Fleischmarkt eine den deutschen Kartoffelanbau gefährdende Konkurrenz vom Auslande nicht zu befürchten habe. Die Vorlage geht nun von dem Standpunkt aus, daß sich die Verhältnisse grundlegend ändern haben und befürwortet einen Kartoffelzoll in Höhe von 50 Pf. je Doppelzentner, der angeblich den Unterschied der Produktionskosten des In- und Auslandes ausgleichen soll. Für die Zeit bis zum 31. Juli 1926 wird ein ermäßigter Übergangszoll in Höhe von 25 Pf. pro Doppelzentner vorgeschlagen.

Die dritte große landwirtschaftliche Zollfrage, deren Regelung im Entwurf unternommen wird, betrifft die Fleisch- und Fleischzölle. Der Entwurf behauptet, daß die Entwicklung der deutschen Fleischproduktion gefährdet ist, weil sie ihre Erzeugnisse nicht zu Preisen absetzen kann, die in einem angemessenen Verhältnis zu ihren Produktionskosten stehen. Auf diesem Grunde wird die Wiederherstellung der allgemeinen Vorriegszölle vorgeschlagen. Sie betragen bei Fleisch pro Doppelzentner 35 M., bei Geflügelfleisch 20 M., bei Schweinespeck 24 M., und bei Schmalz und schmalzartigen Fetten 8 M. Bei Geflügelfleisch, Speck und Büchsenfleisch steht der Entwurf mit Rücksicht auf die drohende Verlängerung für die Übergangszeit bis zum 31. Juli 1926 ermäßigte Zollsätze vor und zwar für Geflügelfleisch und Büchsenfleisch in Höhe von 20 M. je Doppelzentner (statt 45 bez. 75 M.) und für Speck in Höhe von 24 M. (statt 36 M.) vor. Weiter regelt der Entwurf den Zolltarif für Gemüse, Obst, Gartenfrüchte, Erzeugnisse, Butter, Käse, Öl und Fette. Auch für Futtermittel ist eine Erhöhung des Zolles vorgesehen.

Die Regelung der Industriezölle geht in der Vorlage davon aus, daß infolge Entwicklung der Technik in den letzten 20 Jahren unter die Sammelnummer des geltenden Tarifs jetzt Waren von der verschiedensten Art und den allerwertvollsten Werten fallen. Diese müssen zollentlastend ebenso behandelt werden. Das trifft z. B. zu bei den Tarifnummern des chemischen Abschnitts, bei einigen Maschinengruppen, bei der Elektrotechnik, bei der Eisen- und Stahlverarbeitung und beim Hohlglas, wo im geltenden Tarif die hochwertigsten Artikel mit gewöhnlichem Preisbasis in einer Position Grenze zu garantieren, zwische gemacht

vereinigt sind. Die Tatsache, daß der geltende Zolltarif so führt der Entwurf aus, enthält, habe ferner zur Folge, daß die Zölle im Hinblick auf die Entwicklung der Kaufkraft des Volkes usw. stark veraltet sind und daß ihre Wirkung vielfach abgeschwächt wird. Dieser Tatsache soll in der Vorlage durch eine

Ansatzung der Zölle Rechnung getragen werden. Die Erhöhung des Nominalbeitrages der Zölle in vielen Fällen begründet die Vorlage neben der Belastung der Wirtschaft durch Steuern und Reparationslasten damit, daß Deutschland wegen der ungeheuren Kapitalarmut für das Leihkapital Zinsen zahlen muß, die viel höher sind, als die Zinsen der Kriegszeit und vor allem auch viel höher als die Zinsen, welche die Industrie der Konkurrenzländer aufzuweisen hat. Im weiteren verzerrt die Vorlage auf das protektionistische Zollsysteem, daß die Konkurrenzländer Deutschlands eingeführt haben.

Im allgemeinen stellen die vorgeschlagenen Zölle keine unverträglichen Wendezölle wie bei den Agrazöllen, also variable Zölle,

durch. Eine Herabsetzung ist also möglich, wenn daß die handelspolitischen Beziehungen und Verhältnisse erfordern. Besonders zu erwähnen sind die Automobil- und Traktorzölle. Hier verzerrt die Vorlage auf den ungeheuren Vorsprung, den das Ausland gegenüber der deutschen Industrie habe. Die Vorlage will der deutschen Industrie eine Frist gewähren, damit sie sich umstellen und den Vorsprung einkämpfen kann. Bei Automobilen ist ein Zolljahr vorgesehen, der weit höher liegt als die sonstigen Zölle für Industrieprodukte. (150 bis 300 M.) Dieser Zoll soll in halbjährlichen Stufen auf einen normalen Betrag herabgesetzt werden. Bei Trak-

toren ist, wahrscheinlich eine Spezialkonzession für die Landwirtschaft, eine eigentliche Zoll erhöhung vermieden. Im übrigen sind die Zölle für Textilien in größerem Umfang erhöht

worden. Die Vorlage begründet das durch die Kapitalarmut der deutschen Textilindustrie und den schärferen Weltmarkt des Auslandes.

Eine große Zahl der vorgeschlagenen Zolländerungen entfällt

auf die Chemie

Hier ist unter Berufung auf die chemische Nachriegsindustrie in anderen Ländern ein Zollschutz vorgesehen, der im allgemeinen um 10 Proz. des Wertes der Produkte liegt. Diese Zölle tragen durchweg kompensationscharakter. Es ist anzunehmen, daß man mit ihnen Zollausgleiche in den Verhandlungen mit anderen Ländern ermöglichen will.

Die Grundzölle der Chemieindustrie, insbesondere der Rohstoff- und Stoffzölle, werden durch den Entwurf nicht berührt. Wo Änderungen vornehmen worden sind, beziehen sie sich auf Spezialerzeugnisse und Verfeinerungen, wie Soda, Kerzenzucker, salzhaltige und salzgewaschene Stoff- und Banden, sowie Trockenfarben, Feinkleider von 0,5 mm und darüber, Angelzäger und Blattklingen für Maschinenteile. Weiter ist eine, wenn auch in Schranken gehaltene

Zoll erhöhung für die Kleineisenindustrie vorgesehen. In Einzelheiten hat man auch der Maschinenindustrie Zölle eingeräumt. Die Änderungen bedienen in der Hauptsache darin, daß einige besondere Alter, wie Gesteinskohlenmaschinen, Druckluftwerkzeuge aus dem Sammelzoll zusammen herausgenommen worden sind. Ebenso hat die Entwicklung in der Elektrotechnik eine Auflösung der Sammelziffer und eine Neugliederung notwendig gemacht. Die vorgenommenen Tarifänderungen auf

industriellem Gebiet beziehen sich auf 300 Tarifnummern mit ungefähr 700 Zöllen.

Bei Veröffentlichung der Zolltarifnovelle führt der Reichsanziger Dr. Luther vor den Vertretern der Presse aus: Die vorliegende Zolltarifnovelle stellt keinen neuen Zolltarif dar, wie ihn die veränderten Verhältnisse notwendig gemacht haben. Es sei eine vorläufige Regelung, die allerdings auf dem autonomen Tarif von 1922 aufgebaut sei. Dabei hätte zwischen dem Industriezoll und dem Agrazoll unterschieden werden müssen. Für die Industriezölle habe sich die Notwendigkeit ergeben, die einzelnen Positionen dem gesunkenen Goldwert anzupassen. Das treffe vor allem auf die chemische und auch für die elektrotechnische Industrie zu.

Bei den Agrazöllen

habe man von einer Anpassung der Position an den veränderten Goldwert absehen. Allerdings sei der Gedanke des Wendezollhauses aufrecht erhalten worden. Es sei bei den Agrazöllen für die neue Ernte auch eine Schonfrist bis zum 1. Juli 1926 vorgesehen. Dr. Luther glaubt damit die Schwäche der einlegenden Erzeugung verhindern zu können.

Um übrigen begründet der Reichsanziger die Zollnovelle mit der Notwendigkeit, den Anbau in der Landwirtschaft bereits schon im Herbst zu steigern, und weiter mit der Pflicht, die schwedenden Handelsvertragsverhandlungen zu beschleunigen.

Die Reichsregierung bedachtigt, wie der Kanzler betonte, mit dieser Zollvorlage nicht eine einseitige Produzentenpolitik zu betreiben, sondern vielmehr eine Produktionspolitik, die zum größten Teile gerade die Interessen der Konsumenten wahrnimmt. Wenn zum Beispiel eine ausreichend geschulte Landwirtschaft zu einem starken Verbraucher industrieller Produkte wird, so gewinnt damit auch die Industrie durch gestiegerte Betätigungs möglichkeiten und die allgemeine Steigerung der Produktion erheblich wiederum die Konsumkraft der gesamten Bevölkerung.

Wirtschaftsminister Dr. Reinhard erklärte am Schluß einer längeren Begründung der Industriezölle: Der Tarif bleibt ein geistiger Schutzolltarif. In den neuen Handelsverträgen wird auch die Befreiung der Einfuhrverbote zu erstreben. Die wirtschaftliche Lage ist noch zu wenig übersehbar, um einen vollkommen neuen Zolltarif aufzustellen oder gar Bindungen der Zollhäuser auf viele Jahre einzugehen. Für die Feststellung des endgültigen Zolltarifes muß die Entwicklung der Wirtschaftslage noch weiter beobachtet werden. Die Vorbereitungen für die Aufstellung sind aber bereits eingeleitet worden.

Ernährungsminister Graf Rahn erklärte u. a. aus: Deutschland braucht heute mehr denn je eine starke Landwirtschaft. Die wirtschaftliche Lage Englands fordert gezielt, daß die inländischen Produktionsmöglichkeiten nach bestem Können ausgenutzt werden, daß jede unnötige Einfuhr aus dem Ausland vermieden wird und daß unsere Ausfuhr nach Möglichkeit gesteigert wird. Nach Aufstellung der Sachverständigen wird es der deutschen Landwirtschaft möglich sein, ihre Produktion in kürzer Zeit ganz erheblich zu steigern. Diese Steigerung ist aber notwendig, um die Fassibilität unserer Handelsbilanz zu mildern oder ganz zu beseitigen. Der Einfuhrüberschuß des vergangenen Jahres hat rund 2,7 Milliarden M. betragen. Diese Summe entspricht ungefähr dem Wert der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die bei Steigerung der heimischen Produktion auf eigener Scholle hätten gewonnen werden können. Gelingt es, die landwirtschaftliche Produktion Deutschlands in dem möglichen Umfang zu steigern,

so wird auch die deutsche Landwirtschaft wieder über Jahre in das Ausland exportieren,

## Das Ausland zur Rede des Außenministers.

### Frankreich.

Paris, 19. Mai.  
Über die gestrige Rede des Reichsausßenministers Dr. Stresemann schreibt der "Tempo":

Sie habe ihm keinerlei Überraschung bereitet. Der Minister habe sich für einen Sicherheitspakt ausgesprochen, weil Deutschland gewisse Vorteile dabei finde, ein deutsches Abkommen zu unterzeichnen, aber er bestätige sich insbesondere damit, die deutschen Nationalitäten zu berücksigen, die keinen endgültigen Beizicht

auf das wollten, was Deutschland nach seiner Niederlage 1918 habe aufgeben müssen. Daraus erkläre sich der Ton der Rede, die keineswegs geeignet sei, einen sehr günstigen Eindruck herzurufen, und die Frankreich nach Januar machen müsse gegen die leichtfertigen Illusionen, die man sich in gewissen Kreisen hinsichtlich der Aussichten mache, mehr oder weniger rasch zu einem unnehmbaren Ergebnis zu gelangen. Stresemann habe übrigens das Ziel aufgedeckt, als er erklärte, daß, wenn das Großbritannien ohne die Hilfsförderung Deutschlands gelöst werde, eine Regelung gegen es selbst erfolge. Das sei der Schlüssel der ganzen Affäre. Die Vorschläge Berlins seien gemacht worden,

um ein englisch-französisch-deutsches Defensivbündnis zu verhindern.

Man möge sich trotzdem ja nicht einbilden, daß, wenn die deutschen Vorschläge als eine Diskussionsbasis für eine endgültige Regelung angenommen würden, Deutschland sie wie eine freiwillige Befreiung der durch den Vertrag von Versailles geschaffenen Lage unterzeichnen werde. Habe doch Stresemann in bezug auf

die Ostgrenze Erklärungen abgegeben, die alle Gerüchte, nach denen die Reichsregierung geneigt sei, die deutsch-polnische ebenso wie die deutsch-russische

habe. Das gestrige Epilo macht also den Alliierten die größte Vorsicht bei Verhandlungen zur Pflicht, die mit einem Vertragswert übereinander endeten könnten.

Das "Journal des Débats" findet, daß noch den höher in Paris vorliegenden Nachrichten über die Sicherheit kein neues Argument vorgebracht worden sei. Man sei also verpflichtet, daran zu erinnern, daß Deutschland an einem sehr einfachen Mittel versage, um seinerseits die gewünschte Sicherheit zu bekommen. Es möge in den Völkerbund eintreten, dann werde es nach Artikel 10 des Völkerbundstatuts unter dem gleichen Schutz wie alle anderen Mitglieder des Völkerbundes. Aber das scheine Berlin nicht genug zu sein.

### England.

London, 19. Mai.  
Die Rede des Reichsausßenministers hat in England allgemein enttäuscht. Ein Reihe großer Blätter, wie "Daily Herald", "Daily Mail", "Daily Express" und "Daily Chronicle" nehmen von den Erklärungen des deutschen Außenministers überhaupt keine Kenntnis. "Morning Post" stellt fest, seitens habe eine Erklärung über Deutschlands Außenpolitik so wenig Interesse erregt, und "Daily Telegraph" betont in seinem Bericht, die Rede sei eine der schwächsten gewesen, die jemals von einem deutschen Außenminister gehalten worden sei.

In den der Regierung nahestehenden Kreisen wird dem Berater des "Sozialen Dienstes"

immer wieder nachdrücklich versichert, daß zwar bisher das Verhalten Hindenburgs und der Reichsregierung seit der Wahl keinen

Grund zu Besorgnissen geboten hätte, daß jedoch erst die Handlungen, nicht Erklärun-

gen, die fortwährenden starken Be-

denken wirklich zerstreuen könnten. Die

haltung Deutschlands zur Entwaffnungso-

blättert die Reichsregierung der eigent-

liche Bruststein sein.

Die deutsche Landwirtschaft wieder über-

läßt sie in das Ausland exportieren,

zum Beispiel Süder. Die deutsche Landwirtschaft muss infolge ungünstiger Klima- und Bodenverhältnisse, seinerseits infolge der Belastungen durch Reparationsleistungen, Steuern, Liebhaberleistungen usw. teurer produzieren als das Ausland, insbesondere als die extensiven wirtschaftenden überseeischen Überseeländer. Die einzige landwirtschaftliche Errungenschaft hat noch zum Teil mehr als aufrechte einheimischer Erzeugung einen außertypisch harten Umsatz angenommen. Die inländischen Errungenschaften dagegen sind vielfach, obwohl sie noch unter den Kriegspreisen liegen, nicht mehr abzusehen, und die Folge davon ist, dass sich in Deutschland schon bedeutsame Anzeichen für einen Übergang der Landwirtschaft zur extensiven Bewirtschaftung bemerkbar machen.

Ein Errungenschaft der deutschen Landwirtschaft muss aber unter allen Umständen verhindert werden.

Die Handelsbilanzdifferenz in allen Ländern der R.W. ist in der Nachkriegszeit zum Teil ganz beträchtliche Erhöhungen ihrer Differenzen vorgenommen haben, schreibt

#### zwangsläufig die Wiedereinführung von Agrarzöllem

vor. Die Verhältnisse des letzten Jahres sind ein Beweis dafür, dass nur die Steigerung des einheimischen Getreideanbaus das deutsche Volk von der Spekulation des Weltmarktes unabhängig machen kann.

Wichtige Kornfossenanlagen befinden sich in Deutschland durch den Vertrag von Versailles verlorengegangen. Die deutsche Landwirtschaft hat aber mit Erfolg den Versuch unternommen, die Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Kornfossen wie in der Vorkriegszeit vom Auslande unabhängig zu machen. Tatsächlich kann die deutsche Bevölkerung schon jetzt aus deutscher Ernte versorgt werden.

Die Beizucht kann eine gesunde Entwicklung nur nehmen, wenn sie ihre Errungenschaften zu angemessenen Preisen absetzen kann. Die deutsche Landwirtschaft ist an sich in der Lage, den jetzigen Fleischbedarf, der 41 Prozent ist, den Kost der Verdünnung beträgt und somit dem Stande der freien Vergabe von 1900 gleichkommt, vollständig zu decken. Es ist klar, dass eine starke Einfluss auf ausländische Fleische, doch wie in Amerika, wesentlich billiger als in Deutschland hergestellt werden kann, den Abtrieb deutschen Viehs und Fleisches ungünstig beeinflusst und dadurch zu einem Rückgang der deutschen Beizucht führen muss. Beobachtungen machen sich schon dafür beobachtbar. Auf den Viehmärkten sind Abschöpfungen zu verzeichnen. Es werden zuerst Rinder auf den Markt gebracht; die Aufzucht des Viehs lohnt sich nicht mehr. Aus diesen Gründen wird die Wiederherstellung der allgemeinen Kriegsverhältnisse auf diesem Gebiete vorschlagen.

Nicht die Wünsche und Sonderinteressen aus den verschiedenen Wirtschaftsgruppen sind für die Reichsregierung bei dieser Vorlage maßgebend gewesen. Entscheidend ist für die Reichsregierung einzig und allein

#### das Interesse der deutschen Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit.

Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion wird eine Vermehrung des Angebots zur Folge haben. Die Vermehrung des Angebots wieder wird sich in der Preisbildung

## Um den Sicherheitspakt.

### Beratung der Botschafterkonferenz.

Paris, 19. Mai.  
Wie das meldet, wird die Botschafterkonferenz, die am Mittwoch abgehalten werden soll, erst zu einem späteren Zeitpunkt zusammengetragen. Die Schwierigkeiten, die dieses Maßnahmen verlangen, beziehen sich auf das einzuholende Verfahren, bestehen darin, dass die Grundlagen des Problems, über die man sich einigt, es handelt sich darum, zu wissen, ob man zwischen den Verschuldungen, die Deutschland vorgenommen haben, nach ihrer Wichtigkeit eine Unterscheidung machen will oder nicht.

Paris, 20. Mai.

Aber die Gründe der Beratung der Botschafterkonferenz glaubt "Petit Journal" folgendes mitteilen zu können: Die vorgeschlagene englische Note enthalte eine Spezifizierung der deutschen Verpflichtungen, die in zwei Kategorien eingeteilt wurden, in Verpflichtungen ersten Charakters und in solche geringfügiger Art. Die französische Regierung sei der Ansicht, dass diese Unterscheidung wenig befriedige. Man schaue deshalb ein Einverständnis auf einer etwa abhängigen Grundlage. Darauf würden die Alliierten daran verzichten, die Verpflichtungen zu katalogisieren und einen Entlastungs-Kalender aufzustellen. Deutschland müsse diesfordern werden, sich nach dem Vertrag zu richten. Die Kontrollkommission in Berlin werde damit beauftragt werden, nach einer gewissen Zeit festzustellen, ob eine Erfüllung der Forderungen erfolgt sei oder nicht.

### Chamberlain wünscht Ausklärung über einzelne Punkte des Notenentwurfs.

Paris, 20. Mai.  
Wie den Blättern mitgeteilt wird, hat Staatssekretär Chamberlain in den letzten Tagen wiederholt den französischen Botschafter emp-

bemerkt machen und zu einem festigen Preisstand auf mittlerer Linie führen, unabhängig von dem vielfach durch spekulative Momente beeinflussten Weltmarkt.

Der billigste Preis ist nicht immer der empfehlenswerteste Preis.

### Deutschnationale Anträge auf Verfassungsänderung.

Berlin, 19. Mai.  
Am Haushaltsausschuss des Reichstags sprach am Dienstag Reichsminister des Innern Dr. Schiele über den Zustand seines Ministeriums. Als besondere Aufgabe seines Amtes bezeichnete er die Wahrung der Reichseinheit und die Stärkung des alten Geistes der Sparsamkeit und restlosen Pflichttreue. Abg. Töllmann (Soz.) nannte den Zustand so düstsig, dass er keine Abstimmung mehr vertrage. Er stellte verschiedene Anträge, betreffend die Belebung der geheimen Personalien, den Gesetzentwurf über die Feuerbestattung, die Verteilung der Altstädte der Dörflichen A.-G., Buch und Presse" und die

Verhandlungen, die wegen der bayerischen Deutschen gegen die Reichsverfassung geführt wurden. Die Anträge auf Abhängung des Artikels 18, Änderung der Reichsgerichte, Einführung eines Nationalfeiertags am 18. Januar und eines besondern Volksbrautages seien nur geeignet, Zwietracht zu stiften.

Der deutschnationale Abg. Verdi forderte die Einführung eines 28gliedrigen Ausschusses, der alle verfassungsändernden Anträge berate soll. Er bestätigt sich insbesondere über die preußische Polizei, die angeblich Organisationen von Reichsorganisationen unterbrückt und die Unabhängigkeit in weitaus größerer Weise erlaube.

Herner wollte er wissen, ob es zutrifft, dass das Reichsbaner Schwarz-Rot-Gold bei öffentlichen Veranstaltungen als offizielle Haftpolizei verwendet wurde.

Herr v. Kardorff wandte sich namens der Deutschen Volkspartei gegen eine Änderung des Wahlrechts, die er persönlich lebenswichtig. Das gleiche Wahlrecht nannte er

jungen, der ihm auf Wunsch Aufklärungen über gewisse Punkte des französischen Notenentwurfs, betreffend den Sicherheitspakt gegeben hat, die die englische Regierung für nicht genugend klar gehalten habe. Es handelt sich nach dem "Petit Journal" hauptsächlich um die Auslegung des § 19 des Völkerbundstatutes, der die Abänderung gewisser Beitragsabzüglich vor sieht, die für unverhälbar gehalten werden.

Die französische Regierung erklärt in ihrer Note, dass die Grenzen Deutschlands und das Statut von Österreich nicht zum Gegenstand einer Verhandlung gemacht werden können.

Die einzigen möglichen Abänderungen seien die, die der Völkerbundstatut auf Grund des § 19 zu prüfen habe. Aber es sei noch nötig, diesen Paragraphen des Statuts zu interpretieren. Nach Ansicht der französischen Regierung könne er nicht benutzt werden, um die Klauseln des Versailler Vertrags nach ihrer allgemeinen Bedeutung abzändern. Er könne nur dazu dienen, im Falle der Notwendigkeit die Ausführung des Beitrages in einzelnen Punkten zu prüfen. Es gewinnt den Anschein, dass die britische Regierung diese etwas seltsame Auslegung des Artikels 19 nicht anerkennt will. Zum übrigen wird heute mitgeteilt, dass das britische Kabinett sich mit dem französischen Notenentwurf bereits heute im Kabinettstreit beschäftigen werde.

### Die Nämung der Kölner Zone.

London, 12. Mai.

Der Pariser Berichterstatter der "Morning Post" glaubt, dass es sich bei den Meinungsverschiedenheiten zwischen der britischen und französischen Regierung über die Bedingungen, die Deutschland im Zusammenhang mit den Abstimmungsbefreiungen des Versailler Vertrages aufzulegen werden sollen, um den Zeitpunkt der Nämung der Kölner Zone handele.

Es wäre besser, wenn Sie Zentrumsmann oder sozialistisch wären. — Ne, wir werden wie zur Verehrung schreiten, da werden wir Sie erst mal zwickeln, und dann wird Sie der Ausschuss zwickeln.

In nächster Folge wird gegen den deutschnationalen Widerspruch auf Antez des Th. Wehl beschlossen, Staatsanwaltschaft Dr. Buden zu vernehmen, der auch escheint, um Genehmigung seiner Aussage macht und auf das Beamtentest die Angaben des Jungen Frankfurter bestreitet. Er gibt lediglich zu, in einem Beamten irgend eine Angabe gemacht zu haben, in der das Wort "zwickeln" vorkommt. Es sei aber nur eine humoristische Außerung, auf keinen Fall aber eine Expressivierung gewesen. Um den Sachverhalt zu klären, wird beschlossen,

die beiden Zeugen einander gegenüberstellen und außerdem den Referendar Christ und den Hauptgehilfen Kärtner zu läuten, die bei der Bezeichnung des Jungen Frankfurter durch den Staatsanwaltschaftsrat Dr. Buden jüngeren waren.

Ein anderer als Junge verommener Wahlmeister erklärt, dass sämtliche von Frau Höfe gebrauchten Bastei ordnungsgemäß untersucht werden seien, Tabellen wären in ihnen nicht enthalten.

Es wird dann noch einmal der Bärtige Salzgeber vernommen, der bestätigt, dass er einmal zu einem bereits verstorbenen Gefangen gerufen wurde und dass Opium Morphin tropfen verbreitert wurden, ohne dass man sie genau abgezählt habe.

Die genannten Jäger geben nämlich die Blutz der Tod- und Unfallsterbe der amerikanischen Autos, berechnet für das Jahr 1924.

19 000 Menschen (davon 5 700 Kinder) blieben in vergangenen Jahr auf dem Schlachtfeld des amerikanischen Motorverkehrs; 450 000 andere wurden als Krüppel von der Wucht getragen.

Mit anderen Worten: 50 Menschen sterben täglich in der Union den Tod durch Auto; 180 würden täglich durch Motorfahrt verstehen. Und bei dem vorstehenden Aufschwung der amerikanischen Automobilindustrie steht zu erwarten, dass die Ziffer des Schlachtfeldes sich von Jahr zu Jahr erhöhen.

Es wäre interessant, von Henry Ford auf dem Wege eines Interviews zu hören, ob er, nach diesem Ergebnis, seine Massenautomobilfertigung wirklich für eine Lebensnotwendigkeit hält. Vultur

Jüngste Zeit. Anna Joachimthal-Schwabe, die sich so warmherzig der jungen Dichtergeneration annimmt, las gestern bei Emil Richter Proben aus den Dichtungen dieser nahezu Unbekannter. In Hansachim Wolfs Versen, die noch im Manuskript vorliegen, singt und summte drängende Jugenddramatik, der sich alles über Gott, Maria und Iudische Liebe in einer großen erotisch-panthetischen Gesellschaftlichkeit darstellt und zugleich auslöst. Das elstatische Mingen um diese mythische Einheit ("Die Suchende"). Ich weiß, dass wir uns längst entgegengesetzt, "Aus meines Blutes Dunkel", "Das Marionett", "Gott") ist das eigentlich Charaktervolle an Wolfs "Dunkel", nicht so sehr, dass es noch etwas unbedeutend anmutende Formung. Ueberharter, eigengesetzter geben sich Paula Ludwigs Verse (aus dem Manuskript und aus dem Gedächtnisband "Die seltige Spur"). Hier ist ein geistiger Flussgang individueller vom Schicksal geprägter Empfindung; und zweitens ein ganz leichter, weicher Unterton menschlicher Freude. Eine gereife dichterische Persönlichkeit ist Gartend von le Fort, deren "Hymnen" dem Ged- und eines privaten Kunstfreundes, eine Sammlung

ostasiatischer Kunstsäcke als Lohn gab: gut aufgestellt gelangen. Sie enthält nicht einer Reihe älterer chinesischer und japanischer Porzelen zwei große japanische Schätzchen des 17. Jahrhunderts mit reichen figürlichen Darstellungen, die zum Stil des Momoyama nahestehen, und einem andern, der mit dem Namen des Shokoku (1739 bis 1783) bezeichnet ist. Solche Proben führt man von den im Osten so hoch geschätzten Porzellanen, u. a. einige japanische Schreibfäden (Suzuhake) und Tassen zur Aufnahme von Weißrauch (Kogo und Kobako) mit Metall- und Porzellanuntersetzern, sowie ein chinesisch Porzellan in geschwungenem Profil. Besonders hervorzuheben sind auch die japanischen Schnapsdeckel finden, unter denen ein alter Stab (Pax aus Stein) herbornt. Im Verein mit den kostbaren Porzellansammlungen der Stüber-Sammlung und mit antiken Gläsern Gläsern aus dem eigenen Besitz des Museums geben diese Dinge ein Bild, das bestätigt, dass die bisherige Zusammenstellung der Auktion unseres heutigen Vortrages von der Eigentümer ostasiatischen Kunstsäckens entspricht.

Justizien-Regiment in Südtirol. Majordame der S. B.: In Bozen fand ein Gottesdienst des Deutschen Schauspiel-Theater mit Theodor Lub als Magda in Sudermanns "Heimat" statt. Das bei Presse und Publikum einstimmigen Beifall stand am zweiten Tag, während der Beerdigungsszene zu "Gäulein Ju" die Beifall zur sofortigen Schließung des Theaters — angeblich auf Verlangen der Justiz, die in einer bayerischen Zeitung ein Jurat in Deutschland aufzuführenden italienischen Opernensemble schlecht reagiert worden sei. Alle Aufführungen des Direktions um Aushebung des Schreibschildes waren nun so mehr, als ein deutscher Konzert in Bozen fehlte, und es wurde den Künstlern angeboten, sofort abzutreten.

Im Städtischen Kunstmuseum (Stadtstraße 34) konnte, dank dem Entgegenkommen

einen Unfall und begrüßte freudig die Wünsche nach Reform der Weimarer Verfassung. Welches steht der § 76, der für Verfassungsbänderungen eine qualifizierte Mehrheit fordert, dieser Verfassungsbänderung im Wege. Mit seiner Hilfe habe die Nationalversammlung den deutschen Volke ihr Ziel und Ewigkeit die Verfassung aufgewiesen. Wenn der Staat nicht mehr im Lande steht, müsste auf dem Wege eines Referendum und dieser demokratischen Artikel bestätigt werden.

Im Interesse der Stellung der Botschaftsdeputätin forderte der Demokrat Höfle eine Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten und eine Verkleinerung der Wahlkreise. Weiterberatung Mittwoch.

### Die Untersuchung Höfle.

Berlin, 19. Mai.  
Der Höfle-Ausschuss des Preußischen Landtags vernahm am Dienstag zunächst den Oberwachtmeister Lubow, der Dr. Höfle tagtäglich gesehen hat. Schlussfolgernd hat Höfle von ihm nicht verlangt, von Durchsuchen hat er nichts gehört, bei der Auseinandersetzung des Kabinett habe nichts gefunden.

Dem Vorhanden des Ausschusses ist zwischen einem anonymen Brief angezweifelt, in dem behauptet wird, dass ein gewisser Tiere an der Tablettengleichheit bestellt gewesen sein soll. Der Geige kennt den Benannten nicht. Oberwachtmeister Gräfe muss sich auf Fragen des Abz. Wehl über Staatsanwaltschaftsrat Dr. Buden äußern, der zu dem Zeugen bei der Vernehmung gesagt haben soll:

"Es wäre besser, wenn Sie Zentrumsmann oder sozialistisch wären. — Ne, wir werden wie zur Verehrung schreiten, da werden wir Sie erst mal zwickeln, und dann wird Sie der Ausschuss zwickeln."

Der nichtöffentliche Sitzung wird gegen den deutschnationalen Widerspruch auf Antez des Th. Wehl beschlossen, Staatsanwaltschaft Dr. Buden zu vernehmen, der auch escheint, um Genehmigung seiner Aussage macht und auf das Beamtentest die Angaben des Jungen Frankfurter bestreitet. Er gibt lediglich zu, in einem Beamten irgend eine Angabe gemacht zu haben, in der das Wort "zwickeln" vorkommt. Es sei aber nur eine humoristische Außerung, auf keinen Fall aber eine Expressivierung gewesen. Um den Sachverhalt zu klären, wird beschlossen,

die beiden Zeugen einander gegenüberstellen und außerdem den Referendar Christ und den Hauptgehilfen Kärtner zu läuten, die bei der Bezeichnung des Jungen Frankfurter durch den Staatsanwaltschaftsrat Dr. Buden jüngeren waren.

Ein anderer als Junge verommener Wahlmeister erklärt, dass sämtliche von Frau Höfe gebrauchten Bastei ordnungsgemäß untersucht werden seien, Tabellen wären in ihnen nicht enthalten.

Es wird dann noch einmal der Bärtige Salzgeber vernommen, der bestätigt, dass er einmal zu einem bereits verstorbenen Gefangen gerufen wurde und dass Opium Morphin tropfen verbreitert wurden, ohne dass man sie genau abgezählt habe.

### Kunst und Wissenschaft.

#### Berg in Böhmen.

(Der Villner Borschen.)

Ein Felsenberg: wie aus Metall gegossen, das aus der Brust der Erde einst geflossen, und wie gepanzert mit geschweißten Platten, steigt schroff und ernst aus heiteren Obstbaum-Matten.

Am Fuße heiße Quellenwässer tanzen, an seinem Rücken heimt seltne Pflanzen und lehnen hohe Säulen von Basalt; die Wände sind gespuckt von Riss und Spalt.

Der Grat, zerklüftet, südlich schön ge- schwungen, stürzt jäh zur Tiefe, wie von Schreck be- zwungen.

Dämonisch einsam schaut der Berg umher: Als ob er suchte das verschollne Meer, in welchem er vor grauen Seiten stand. Als ob er Fremdling sei auf festem Land.

S. H. Beendorf.

#### „Stahlbad“-Ersatz.

Ein Krieg mit dem Ende folgt von 19 000 Todesfällen und 450 000 Verwundungen schweren und leichteren Grades wäre gewiss ein ganz riesiges Gemetzel: ein Ereignis, mit dem die angeschwollenen Anhänger von „Stahlbädern“ zu jagen sein könnten.

Gedenkt man, dass dieses Resultat militärisch im letzten Frieden, ganz einfach auf dem Wege der fortwährenden Isolation zu erreichen ist, so sieht man heute bereits mit Schaudern den Zeitpunkt kommen, da man den Krieg für die überflüssige Sache von der Welt halten wird.

# Die Aussprache über die Außenpolit. Sitzung des Reichstages vom 19. Mai.

In der Besprechung der gestrigen Rede des Außenministers Dr. Stresemann nimmt als erster Redner aus dem Hause Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) das Wort: Die Auslegungen des Außenministers hatten einen fast akademischen Charakter. Ich bin geneigt, die Debatte aus den Höhen dieser akademischen Betrachtungen in das Gebiet politischer Auseinandersetzungen zu ziehen und wird es vielleicht auch Herrn Stresemann nicht ganz unwillkommen sein, wenn ihm nun Gelegenheit geboten wird, sich über eine Reihe von Fragen über das rein akademische hinaus zu äußern. (Sehr gut! lins.)

Mit besonderem Nachdruck ist

der überparteiliche Charakter der Kandidatur und der Präsidentschaft Hindenburgs

bekannt worden (Sehr wohl! rechts). Mit welchem Recht das gerade in diesem Fall geschieht, ist und allein nicht vollständig klar, zumal ja Herr v. Hindenburg sich als Mitglied einer bestimmten politischen Partei bestätigt hat, die niemals den Anspruch erhoben hat und auch nicht erhoben konnte, Zusagen über den Parteien zu teilen. (Zuruf rechts) Mitglied der Deutsch-nationalen Partei war er. Wenn Ihnen das unbekannt ist, dann unterrichten Sie sich vielleicht darüber einmal bei Herrn v. Hindenburg selbst. Die Überparteilichkeit kann nicht mit größerem Recht in Anspruch genommen werden als für den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert. (Debatte Zustimmung links und in der Mitte.) Wir benutzen noch einmal die Gelegenheit, um von dieser Stelle aus in vollem Ernst und mit vollem Ton der Tätigkeit des Amtsvorgängers des ehemaligen Reichspräsidenten zu gedenken

und erneut festzustellen, daß der erste Präsident der deutschen Republik ganz ohne Rücksicht auf seine parteipolitische Herkunft sein Amt so objektiv verwaltet hat, wie es durch die Verfassung vorgerichtet ist. (Debatte Zustimmung links und in der Mitte.)

Die Demokratie verlangt, daß wir uns dem verantwortungsbewußt engagierenden Volksschichten fügen. Wir hätten nach der Wahl nicht auf die Gegner von vor der Wahl vertretenen politischen Ideen und Ausschreibungen zu hören, aber wir bringen dem Kandidaten den Neipelt entgegen, der ihn als Person und der vor allem seinem Amt gebührt. So lange er sich im Rahmen des von ihm beschworenen Verfassung hält. Wir werden Gegnern Ebers auf dem Wege der Niederrätschicht, mit der sie es ihm bei Leidet und noch im Tode angeboten haben, seinem Nachfolger gegenüber nicht folgen. (Zuruf rechts.) Wir haben das auch in der Agitation nicht getan gegenüber der Person des Kandidaten v. Hindenburg (Widerspruch rechts), und ein Vergleich zwischen der Art, wie die Bewohner der Kandidatur Hindenburgs die Kandidatur Marx bestimmt haben und was ungefeierlich geschehen würde, nicht zu Ihnen (nach rechts) führen auskönnen. (Debatte Zustimmung links und im Zentrum.)

Als sind weit entfernt, zu sagen, daß die Persönlichkeit des Marxen, der an der Spitze der Republik steht, gleichzeitig für die weitere politische Entwicklung unseres Landes sei. Unsere Verfassung respektiert den Präsidenten zur Objektivität, zur Jurisdicition aus dem Streit der Parteien. Über die Rolle einer jeden Persönlichkeit, die auf diese Stell kommt, hängt doch nicht zuletzt von den politischen Voraussetzungen ab, von denen diese Persönlichkeit ausgegangen ist. Wir wissen sehr genau, welche politischen Voraussetzungen bei der Person des gegenwärtigen Präsidenten bestanden haben.

**Aeneas Busoni** hat seiner Dichtung für Musiz "Doktor Faust" nicht Goethes Faust, sondern das alte deutsche Puppenstück von Faust zugrunde gelegt, wie er dies auch in einem der Handlung vorliegenden Prolog ausführlich mitteilt. Die Handlung selbst beginnt damit, daß der Magier Faust aus den Händen dreier unwahrscheinlicher Studenten die magische Schrift empfängt, die ihm unendliche Zaubermaßt in die Hand gibt. Am zweiten Bilde erprobt er sogleich diese Macht an den Tämonen der Tiefe, aus deren Beschwörung ihn Mephistopheles in Menschenheitsabzug zieht als derjenige Geist, der "so schnell als wie das Menschen Gedanke" ist. Wehe könnte er nicht erwarten. Mephistö wird nun Fausts Schuf nach unabdingbarer Erfüllung jedes Wunsches zu befreien helfen unter der Bedingung, daß heimlich Faust dem Mephistö zu dienen habe. Mit seinem Blute unterzeichnet er Mephistos erpresserischen Vertrag. Ein Künster sodann degnegt Faust und Mephistö dem Manne, der Faust nach dem Leben tröstet, weil dieser keine Schwere vertrügt; der Gründer verfällt in Mephistos Macht dem Tode. Darnach erscheinen die beiden am Hofe des Herzogs von Parma; man wünscht dort Fausts Künste zu schauen, und so lädt er, nachdem er den Tag in Nacht verwandelt, die Gefallen des Königs Salomon, der Könige von Saba, Samsons, Delila, der Salome, des Johannes und des Henkers mit dem Schwerte austreuen, und zwar so, daß das unmöglichste Spiel zur Verhöhnung des Herzogs führt, der bad den Abzug des Spiels befiehlt. Die Herzogin jedoch, Fausts Leidung völlig ergeben, folgt ihm in einem unbewachten Augenblick; und Mephistö schließlich lernt den Herzog gekleidet von dem Plan einer Verfolgung ab. Das nächste Bild zeigt Faust im Kreise von Studenten in einer Galathäle zu Wittenberg, wo er zunächst in heftigem Meinungsstreit zwischen Protestant und Katholiken kommt. Darauf dichtet man Faust, von Frauen zu erzählen, die ihm begegnen seien, und er berichtet sein Abenteuer mit der Herzogin deren Spur er seitdem verloren. In diesem Augenblick indessen erscheint Mephistö in der Gestalt eines Kuriers, der den Tod des Herzogs meint und ihr lotus neugeborenes Kind als ihr letztes Andenken Faust vor die Füße legt. Das Erzählen darüber wird nicht geringer als

die Rolle des Präsidenten einer Republik hängt auch nicht zuletzt davon, ob von seiner Umgebung und von dem Einfluß, den sie auf ihn ausübt oder ausüben versucht. Wenn wir uns gegenwärtigen, mit welchem Programm, mit welchen Hoffnungen, mit welchen Erwartungen diejenigen, die die Wahl Hindenburgs vorbereitet haben, in diese Wahlkampagne gegangen sind, so können wir uns selbstverständlich der Begegnung nicht entziehen, daß diese Personen nunmehr sich bemühen werden, mit Hilfe des Reichspräsidenten ihre Erwartungen zu verwirklichen.

Gerade bei den Freunden der deutschen Republik im Ausland hat die Kandidatur und die Wahl von Hindenburg Besorgnis

hervorruft, insbesondere wegen der Erhaltung der republikanischen Verfassung und wegen der Weiterführung einer Außenpolitik der Verbündigung und des Friedens. Daß Herr v. Hindenburg selbst im Herzen der Monarchie anhängt, wird niemand bestreiten. Mindestens ebenso sehr ist, daß die Anhänger seiner Wahl die Republik abgeneigt oder feindlich sind und für viele von ihnen ist doch der Gedanke maßgebend gewesen, daß die Präidentschaft Hindenburg einen Übergang zur Monarchie darstelle. Herr v. Hindenburg hat inzwischen auf die schwarztoll-goldenen Farben

den Eid auf die republikanische Verfassung geleistet. Von diesem Eid hat Dr. Ebert in der neusten "Kreiszeitung" geschrieben, die er seit dem 20. Februar 1926 die Öffner gewesen, daß der Feldmarschall jemals gebracht habe. (Hört, hört! links.) Es wäre eine unglaubliche Verdächtigung

gegenüber, wenn er auch nur im entlasteten annehmen wollte, daß er diesen Eid nicht durchaus ehrlich und aufrichtig geleistet hat. Wir glauben nicht an ein Damaskus des Präsidenten, aber wir sind davon überzeugt — einstweilen —, daß Herr v. Hindenburg sich mit ehrlicher Überzeugung auf den Standpunkt gestellt hat, daß die republikanische Verfassung nicht nur als bestehend, sondern auch als der Erhaltung notwendig vor ihm anerkannt wird.

Sie (nach rechts) sprechen gelegentlich davon, daß die Republik ja auch auf Verhältnismäßigem Wege abgesichert werden könnte. Das ist theoretisch richtig, aber die Vorstellungen dazu fehlen eindeutig. Denn trotz aller ihrer Anstrengungen und trotz der Ausbildungskraft, die auf weite Kreise die Kandidatur Hindenburgs ausgedröhnen vermochte, so hat Hindenburg doch nur die relative Mehrheit erhalten. Es ist auch kein Zweifel, daß, wenn die Frage klipp und klar gestellt hätte:

Republik oder Monarchie, dann Herr v. Hindenburg weniger Stimmen erhalten hätte.

Rum ist auch unsere Stellung zur Republik einer Krise unterzogen worden. Es wurde behauptet, wir seien gar keine Anhänger der gegenwärtigen Staatsform. Wiedergabe sind auch wir nicht zufrieden mit der Republik, weil sie eine Republik des Kapitals, der bessigen Klassen ist. Unsere Aufgabe besteht darin,

ans diese kapitalistische Republik eine.

Republik des arbeitenden Volkes

zu machen. Die republikanische Staatsform be-

trachten wir dazu als Vorsitz und wir werden

zu verteidigen gegen jeden Angriff, der auf sie

unternommen werden sollte. (Debatte Verfall

ans die Kürze)

So sehr wir also die republikanische Staatsform schätzen, so ist das Wohlgefallen doch der Inhalt, den wir bekommen soll. Wir schaffen die Republik aber auch deshalb, weil sie uns die beste Garantie für

die Erhaltung des Friedens zu sein scheint. Und hier erinnert uns die andere Sorge:

Wird es möglich sein, nach der Präsidentenwahl die Politik des Friedens und des Ver-

Haltung weiterzuführen?

Ich erinnere daran, wie Hindenburg als der Ketter angepflockt worden ist. Er sollte vor allem möglichst retten, vor der Korruption, vor dem Zentrum, er sollte uns vor allem über niemand anderes retten als vor dem gegenwärtigen Außenminister (Heiterkeit.) Seine Außenpolitik wurde als verhängnisvoll bezeichnet, er ist aufgesordnet worden, sein Amt so bald wie möglich aufzugeben, ja, wir haben es erlebt, daß Herr Stresemann als Landesverteidiger bezeichnet wurde. (Große Heiterkeit.) Wie Sozialdemokraten haben keine Beratung, und schließlich vor Herrn Stresemann zu stellen. (Sehr wohl! bei den Soz.) Aber die Herrn Stresemann angefeind, meinen etwas anderes. Sie befanden die Politik der Verbündigung und des Friedens. Es handelt sich vor allem um einen Außenminister

Angriff auf den Garantiepunkt in der Sicherheitsfrage.

Die Geschehe, daß zwei bis drei Mächte gegen Deutschland einen solchen Pakt abschließen, besteht heutigen Tages noch. In den letzten Tagen vor der Wahl aber sind die schwersten Alaraden gegen Regierung und gegen Herrn Stresemann gerichtet worden, als ob allein Frankreich und England und nicht gleichzeitig Deutschland Vorteile von einem solchen Vertrage haben würden.

Man redet von der

Freiheitlosigkeit Elsas-Lothringens.

Wir haben doch aber den Friedensvertrag unterschrieben und dieser ist jetzt geltendes Recht. Wir haben darin auf Elsass-Lothringen verzichtet. Das Deutschland Elsass-Lothringen verloren hat, bedauern wir Sozialdemokraten ebenso sehr wie Sie (nach rechts), wie bedauern insbesondere deshalb, weil es ohne Volksabstimmung verloren gegangen ist. Aber wenn wir heute dort eine Volksabstimmung vornehmen würden, so glauben wir nicht, daß die Bevölkerung sich für die Rückkehr nach Deutschland entscheiden würde. Nur die elstisch-lorraine Bevölkerung nach Sprache und Abstammung auch deutsch sein, so ist doch seit der großen Revolution mit Frankreich verbunden. Da uns das annehmen oder nicht annehmen ist, ändert das nichts. Wer von einer Freigabe Elsas-Lothringens spricht, der weißt, daß ein lebensfähiges Volk nur dann preisgegeben werden kann, wenn seine Zugehörigkeit zu einem anderen Staat gegen seinen Willen geschieht und mit nichts davon tun. Wenn es möglich ist, in einem Aufstand willkürlich und dauernd die Besiedlung Europas zu kommen, ist ein Verzicht auf Elsass-Lothringen um weniger e in Verlust, als wir ein Recht für Deutschland eingeräumt erhalten, das und gegenüber den belgischen und französischen Anklammbestrebungen

die Sicherung des Besitzes des Rheines

garantiert.

Die Situation wird kompliziert durch unser

Verhältnis zum Osten. Wir sind nicht der

Meinung, daß diese Grenzen gut oder ge-

recht seien, glauben auch nicht daran, daß sie

von ewiger Dauer sind, aber wir unter-

stützen keine Politik, die darauf aus sein

zu ändern. Wir hoffen und erwarten, daß die

Zeit kommt, in der über die Institutionen des

Bölkowbundes jene Regelung erfolgt, die dem

Frieden und der Gerechtigkeit entspricht.

Wenn gefragt wird, daß der Sicherheitsvertrag der deutschen Volkes höher werden könnte? Für uns

ist die Frage, ob die Regierung dieses große

wire, daß wir diese Gefahr nicht sehen. Wir wollen eine solche Einschätzung nicht, wir wollen mit Russland in Frieden und Freundschaft leben. Wenn der russische Außenminister Schtschedrin erklärt hat, daß der Eintritt Deutschlands in den Bölkowbund von Russland ungern gesehen würde, so müssen wir schon sagen, daß die Russen aus Russland und niemals hindern könnten, in den großen Auseinandersetzungen nach unseren eigenen Interessen zu entscheiden. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Die Frage des Sicherheitspakt ist von

Frankreich bilateral behandelt worden.

Es sieht so aus, als ob wir zu dem Sicherheitspakt nicht gelangen würden, ohne daß wir unsere Bereitwilligkeit zum Eintritt in den Bölkowbund erklärt haben. Unsere Stellung zum Bölkowbund ist bekannt. Wie haben in ihm nicht die Verwirklichung unserer Forderungen gesehen, trotzdem sehen wir gegenwärtig

keine andere Möglichkeit als die, so schnell als denkbare in diese Gemeinschaft einzutreten.

Wenn man davon spricht, daß der Bölkowbund eine deutschfeindliche Einrichtung sei, so möchte ich fragen, wie er deutschfeindlicher ist, wenn Deutschland außerhalb bleibt? Die Alternative, vor der wir stehen, ist klar: Bölkowbund oder Krieg? Für die Regierung hubert der Art. 16 aus Eintritt, aber bei den hinter der Regierung stehenden Parteien ist die grundsätzliche Gegnerschaft das Entscheidende. Am 10. Januar sollte die Kölner Zone geräumt werden, seit mehr als vier Monaten waren wir auf eine Entfernung, wodurch die Bevölkerung noch nicht aufgehoben ist. Wir können nicht schwatzen, daß Verhalten der Entente brandmarken. Wenn die Gefahr, die in der Bewaffnung Deutschlands besteht, so groß gewesen wäre, so hätte man nicht vier Monate hin und her feststellen müssen. Wie sind so deutsch wie Sie (nach rechts), ja mehr als Sie, zumal wenn es gilt, die nationale Existenz in der Operierung von Mat und Pfennigen für das Land zu beweisen. Wir erwarten, daß

die Besetzung der Kölner Zone nahe vor

ihrem Ende

sieht, daß kleinste Volk hat seine Zugänglichkeit zum Deutschen Reich gerade jetzt wieder bezogen. Es wäre allerdings wünschenswert, wenn wir weniger feierte und weniger Feste veranstalten, es könnte falsch ausgelegt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Eine Zeit nach dem Kriege müßten wir es uns gefallen lassen, daß wir behandelt werden wie ein Volk minderen Rechtes, auf die Dauer aber kann ein großes Volk sich eine solche Behandlung nicht gefallen lassen. Das belegt keinesfalls, daß wir uns den Verpflichtungen, die wir durch Beiträge aus und gewonnen haben, zu entziehen suchen. Wir verlangen nicht, daß wir aufzuhören dürfen, das unser Maßstab der Abrüstung auch gelegt werden soll an die der anderen Staaten. (Beifall der Sozialdemokraten.) Unser Standpunkt zu der

Idee der Vereinigten Staaten von Europa

ist der: Wir kommen zu ihr auf dem Wege der

wirtschaftlichen Verständigung. Wir wollen

aber keine wirtschaftliche Verständigung auf dem Rücken der Arbeiterchaft, sondern nur mit den Arbeitern. Herr Stresemann sprach davon, daß wir

in den Verpflichtungen, die wir durch Beiträge aus und gewonnen haben, zu entziehen suchen. Wie verlangen nicht, daß wir aufzuhören dürfen, das unser Maßstab der Abrüstung auch gelegt werden soll an die der anderen Staaten. (Beifall der Sozialdemokraten.)

Eine Zeit nach dem Kriege müßten wir es uns

gefallen lassen, daß wir behandelt werden wie ein

großes Volk, auf die Dauer aber kann ein großes Volk sich eine solche Behandlung nicht gefallen lassen. Das belegt keinesfalls, daß wir

uns den Verpflichtungen, die wir durch Beiträge aus und gewonnen haben, zu entziehen suchen. Wie verlangen nicht, daß wir aufzuhören dürfen, das unser Maßstab der Abrüstung auch gelegt werden soll an die der anderen Staaten. (Beifall der Sozialdemokraten.)

Der Begriff von Dr. Büchnerhausen aus einer

Rede über "Wolff-Erben, kein Sohn und kein Vater", bei der Bezeichnung der Eigentümerin Antiquitäten-Gesellschaft, ist sehr interessant, da er offenbar keinen Sohn hat.

Wer Chapell hat vor kurzem Monaten eine größere Ausstellung in der Galerie Barthélémy in Paris veranstaltet, die drei große Antiquitäten ausgestellt hat. Diese drei Antiquitäten wurde höchst im Russischen Kaiserreich gezeigt und kann noch in einer Stadt in Deutschland aufgestellt werden, da das Material dort wieder im Westen benötigt wird. Die Leitung der Galerie Chapell ist es gelungen, im Rahmen Konferenzkampf der Russen zu zeigen, daß die Antiquitäten nicht mehr in Russland zu halten waren — nach Dresden bringt. Die Großfirma Simonsen und Sonnenberg, den 21. Mai hat.

Reichs-Kunst-Ausstellung, Berlin, den 22. und Sonnabend, den 23. Mai, haben Aufstellungen von "Die Geister" und "Der ringgebildete Krantz" hat. Abend 15.30 Uhr, Ende 16 Uhr. (Vorlesungen: Berlin 9.30–10.00, Sonnabend 10.00–10.30.)

Die Ausstellung von "Die Geister" und "Der ringgebildete Krantz" hat. Abend 15.30–16.00 Uhr, Ende 16.00–16.30 Uhr.

\* Die Reichskanzlei für Deutsche Veröffentlichung gibt außerdem unter Mitwirkung der zentralen Verlegerverbände die Deutschen Verlegerbücher im Taschenformat heraus, in denen die Hauptpreisgebiete des "Schönen Deutschlands" dem Fremden, insbesondere dem Auslandkreis zu zeigen bestrebt sind. Die Preisliste des "Schönen Deutschlands" ist regelmäßig aktualisiert und ist jedem Verleger leicht zu erhalten, um die entsprechenden Preise anzugeben. Mit Rücksicht auf die Preisliste des "Schönen Deutschlands" ist es möglich, die Preisliste des "Schönen Deutschlands" zu erhalten, um einige der neuen Schriften die später noch zu kaufen waren — nach Dresden bringt. Die Großfirma Simonsen und Sonnenberg, den 21. Mai hat.

Die Ausstellung von "Die Geister" und "Der ringgebildete Krantz" hat. Abend 15.30–16.00 Uhr, Ende 16.00–16.30 Uhr.

Die Ausstellung von "Die Geister" und "Der ringgebildete Krantz" hat. Abend 15.30–16.00 Uhr, Ende 16.00–16.30 Uhr.

Die Ausstellung von "Die Geister" und "Der ringgebildete Krantz" hat. Abend 15.30–16.00 Uhr, Ende 16.00–16.30 Uhr.

Die Ausstellung von

Giel der Vereinigten Staaten von Europa will, und wenn sie es will, ob sie den Weg mit Rücksicht auf die hier vorliegenden Freunde auch gehen wird.

Wir haben kein Vertrauen, daß die Regierung mit den Parteien, die hinter der Kandidatur Hindenburgh ständen, insbesondere mit den Deutschnationalen, eine solche Politik machen kann, wie wir sie für richtig halten und wie sie in großen UmrisSEN von Herrn Stresemann hier skizziert worden ist. Daraus kommt

die Unmöglichkeit, die innere Politik von der äußeren Politik zu trennen; man kann nicht die innere Politik mit den Rechten und die äußere mit den Linken machen. Die Regierung wird sich entscheiden müssen, mit wem sie zusammenarbeiten will. Unsere Hoffnung ist nicht ein einzelner Präsident, sondern der Wille des breiten Massen des arbeitenden Volkes. Jetzt gilt es, die Souveränität des Volkes zu befreien auf einem Felsen von Eis. Unsere Partei kommt noch der Wahl;

Nun erst recht Republik, nun erst recht Ausbau zu einer Republik des arbeitenden Volkes! Nun erst recht Politik des Friedens und der Einigung!

(Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Graf v. Schwerin (D. Lp.): England hat und bei den Danzig-Verhandlungen ganz bestimmte Forderungen über die Belehrung der Autonomie gemacht. Es hat keine dieser Forderungen gehalten. Die Forderung am 15. August ist ein ungerechter Bestandteil des Londoner Abkommen. Wie diese Forderung nicht erfüllt, so sollen damit auch alle von uns gegebenen Forderungen fort. Als weiterer Druck auf uns die Entzessungsforderung. Die Generalinspektion der deutschen Bewaffnung hatten wir auch heute noch für eine Rechtswidrigkeit. Diese Militärkontrolle muss endlich aufgehoben werden. Die angeblichen Verfehlungen Deutschlands in der Entzessungsfrage sind nichts als ein leerer, nichtiger Vorwand für die Belehrung der Kölner Zone. (Schwach lacht) Die Tatsache der Nachprüfung der Kölner Zone zu der vereinbarten Zeit muss für die deutsche Außenpolitik unumkehrbar mit richtunggebend sein. Was Polen anlangt, so hat der Außenminister zu unserer Befriedigung erklärt, daß die Grenzen Deutschlands im Osten nicht als endgültig anzusehen sind. Die Aussichten auf Friedensverträge mit Polen, die siedlich die Grenzfrage regeln könnten, sind aber sehr gering. (Aufforderung.) Auch die Behandlung der deutschen Hindernisse in Polen ist kein gutes Zeichen für eine Verhandlungswidrigkeit. Der polnische Außenminister hat dagegen gesagt: „Wir im Wege des Krieges werden die polnischen Grenzen geändert werden!“ (Hört! Hört! rechts.) Frankreich vertritt die Auffassung, daß erst die Entzessungs- und Sicherheitsfrage gelöst werden müsse, ehe die Kölner Zone geräumt würde. Für uns kann es sich nur um eine einzelscheitliche Maßnahme handeln.

Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund könnte nur erfolgen, wenn der Art. 16 des Statuts de jure für Deutschland ausgeschlossen wird. Sonst bedeutet der Eintritt Deutschlands: Völkerbund und Krieg! (Schwach lacht) Wir wünschen eine amtliche Erklärung, die den Inhalt des Artikels 233 des Vertragsertrages, der die Schulden Deutschlands am Krieg behauptet, als erzwungenen Aufrückschlag. An den Reichskanzler, dessen Stil ja auch heute bestreiten wird, richten wir das Urteil, dafür einzutreten, daß die äußere Politik in einem Sinne gejährt wird, der es uns ermöglicht, ferner mitzuhandeln. In bezug auf die Innopolitik gilt es vor allem, die notwendigen

Aenderungen der Weimarer Verfassung vorzunehmen, was in einem besonderen Ausdruck geschehen sollte.

**Die Gardeparade**

würde da u. a. zu erwägen sein. Der Redner wendete sich dann gegen die Behauptung des Abg. Dr. Weizsäcker, daß Reichspräsident Hindenburgh Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei sei. Davor könne formuliert seine Rede sein. Hindenburgh sei von freien Volksschichten gewählt. Das und vom Feinde aufgewogene republikanisch-demokratisch-parlamentarische System hat im deutschen Volke nicht Wurzeln gefaßt. (Hört! hört! links.) Wir werden mit aller Kraft daran arbeiten, daß die nationale Welle, die uns den Sieg des 26. April gebracht hat, weiter wächst. (Lebhafte Beifall rechts.) Sitzt ein erneuter Beifall rechts.)

Abg. Dr. Kaas (Bdts.): Die Mentalität des Auslands ist auf dem Wege zur Vernunft, aber nur langsam können wir die Geister des Weltkriegs bannen, um sie von dem Gewaltstrom von Versailles abzubringen. Bis zur Rückkehr des Vertrages müssen wir uns beschaffen, wenigstens eine leichte Handhabung von der Gegenseite zu erreichen. Meinungsverschiedenheiten über die Entzessung müssen noch bestehen, aber eine Schule Deutschlands in dieser Frage müssen wir auf jeden Fall herstellen. Frankreich steht allerdings unter der Vorfahrt der Angstpsychose; unverständlich aber ist die vertragswidrige Haltung Englands. Wir können keine andere Politik unterstützen als die gestern vom Außenminister entworfene. Wir sind einverstanden damit, daß die deutsche Regierung

dem Völkerbundsgedanken

nicht nur Sympathie, sondern auch aktive Beteiligung widmet. Die jetzige Völkerbundspolitik aber verdient ihren Namen sehr bedingt. Das bezeugt schon allein das Wort „Soir“ (Lebhafte Zustimmung.) Der Außenminister hat bei seinen Aussführungen einen gewissen Haßbund über dem Sicherheitsangebot gelassen.

Es muß jeder mit der deutschen Freiheit und der deutschen Freiheit vereinbare Vertrag gemacht werden, aus einem Zustande zwischen Deutschland und Frankreich herauszukommen, der nicht Krieg und nicht Frieden ist. Der Reichspräsident Dr. Luther ist abgeneigt allen politischen Experimenten, der Außenminister Dr. Stresemann

führt eine nationale Realpolitik. Solange das der Fall ist, haben wir keinen Anlaß, unsere soziale Mitarbeit einzustellen; aber die oppositionellen Außenminister einer dem Kabinett besonders nahestehenden großen Partei dürfen nicht weiter wie bisher tätig sein, sonst würde das schließlich auf unsere Haltung gegenüber dem Kabinett eine Rückwirkung üben. Der Reichsaußenminister habe einmal gesagt: die beste Außenpolitik ist eine gute Innopolitik, wir können uns aber eine solche Innopolitik unter Mitwirkung der großen arbeitenden Massen nicht zusammenarbeiten will. Unsere Hoffnung ist nicht ein einzelner Präsident, sondern der Wille des breiten Massen des arbeitenden Volkes. Jetzt gilt es, die Souveränität des Volkes zu befreien auf einem Felsen von Eis. Unsere Partei kommt noch der Wahl;

die Unmöglichkeit, die innere Politik von der äußeren Politik zu trennen, man kann nicht die innere Politik mit den Rechten und die äußere mit den Linken machen. Die Regierung wird sich entscheiden müssen, mit wem sie zusammenarbeiten will. Unsere Hoffnung ist nicht ein einzelner Präsident, sondern der Wille des breiten Massen des arbeitenden Volkes. Jetzt gilt es, die Souveränität des Volkes zu befreien auf einem Felsen von Eis. Unsere Partei kommt noch der Wahl;

die Unmöglichkeit, die innere Politik von der äußeren Politik zu trennen, man kann nicht die innere Politik mit den Rechten und die äußere mit den Linken machen. Die Regierung wird sich entscheiden müssen, mit wem sie zusammenarbeiten will. Unsere Hoffnung ist nicht ein einzelner Präsident, sondern der Wille des breiten Massen des arbeitenden Volkes. Jetzt gilt es, die Souveränität des Volkes zu befreien auf einem Felsen von Eis. Unsere Partei kommt noch der Wahl;

die Unmöglichkeit, die innere Politik von der äußeren Politik zu trennen, man kann nicht die innere Politik mit den Rechten und die äußere mit den Linken machen. Die Regierung wird sich entscheiden müssen, mit wem sie zusammenarbeiten will. Unsere Hoffnung ist nicht ein einzelner Präsident, sondern der Wille des breiten Massen des arbeitenden Volkes. Jetzt gilt es, die Souveränität des Volkes zu befreien auf einem Felsen von Eis. Unsere Partei kommt noch der Wahl;

die Unmöglichkeit, die innere Politik von der äußeren Politik zu trennen, man kann nicht die innere Politik mit den Rechten und die äußere mit den Linken machen. Die Regierung wird sich entscheiden müssen, mit wem sie zusammenarbeiten will. Unsere Hoffnung ist nicht ein einzelner Präsident, sondern der Wille des breiten Massen des arbeitenden Volkes. Jetzt gilt es, die Souveränität des Volkes zu befreien auf einem Felsen von Eis. Unsere Partei kommt noch der Wahl;

die Unmöglichkeit, die innere Politik von der äußeren Politik zu trennen, man kann nicht die innere Politik mit den Rechten und die äußere mit den Linken machen. Die Regierung wird sich entscheiden müssen, mit wem sie zusammenarbeiten will. Unsere Hoffnung ist nicht ein einzelner Präsident, sondern der Wille des breiten Massen des arbeitenden Volkes. Jetzt gilt es, die Souveränität des Volkes zu befreien auf einem Felsen von Eis. Unsere Partei kommt noch der Wahl;

die Unmöglichkeit, die innere Politik von der äußeren Politik zu trennen, man kann nicht die innere Politik mit den Rechten und die äußere mit den Linken machen. Die Regierung wird sich entscheiden müssen, mit wem sie zusammenarbeiten will. Unsere Hoffnung ist nicht ein einzelner Präsident, sondern der Wille des breiten Massen des arbeitenden Volkes. Jetzt gilt es, die Souveränität des Volkes zu befreien auf einem Felsen von Eis. Unsere Partei kommt noch der Wahl;

die Unmöglichkeit, die innere Politik von der äußeren Politik zu trennen, man kann nicht die innere Politik mit den Rechten und die äußere mit den Linken machen. Die Regierung wird sich entscheiden müssen, mit wem sie zusammenarbeiten will. Unsere Hoffnung ist nicht ein einzelner Präsident, sondern der Wille des breiten Massen des arbeitenden Volkes. Jetzt gilt es, die Souveränität des Volkes zu befreien auf einem Felsen von Eis. Unsere Partei kommt noch der Wahl;

die Unmöglichkeit, die innere Politik von der äußeren Politik zu trennen, man kann nicht die innere Politik mit den Rechten und die äußere mit den Linken machen. Die Regierung wird sich entscheiden müssen, mit wem sie zusammenarbeiten will. Unsere Hoffnung ist nicht ein einzelner Präsident, sondern der Wille des breiten Massen des arbeitenden Volkes. Jetzt gilt es, die Souveränität des Volkes zu befreien auf einem Felsen von Eis. Unsere Partei kommt noch der Wahl;

die Unmöglichkeit, die innere Politik von der äußeren Politik zu trennen, man kann nicht die innere Politik mit den Rechten und die äußere mit den Linken machen. Die Regierung wird sich entscheiden müssen, mit wem sie zusammenarbeiten will. Unsere Hoffnung ist nicht ein einzelner Präsident, sondern der Wille des breiten Massen des arbeitenden Volkes. Jetzt gilt es, die Souveränität des Volkes zu befreien auf einem Felsen von Eis. Unsere Partei kommt noch der Wahl;

die Unmöglichkeit, die innere Politik von der äußeren Politik zu trennen, man kann nicht die innere Politik mit den Rechten und die äußere mit den Linken machen. Die Regierung wird sich entscheiden müssen, mit wem sie zusammenarbeiten will. Unsere Hoffnung ist nicht ein einzelner Präsident, sondern der Wille des breiten Massen des arbeitenden Volkes. Jetzt gilt es, die Souveränität des Volkes zu befreien auf einem Felsen von Eis. Unsere Partei kommt noch der Wahl;

die Unmöglichkeit, die innere Politik von der äußeren Politik zu trennen, man kann nicht die innere Politik mit den Rechten und die äußere mit den Linken machen. Die Regierung wird sich entscheiden müssen, mit wem sie zusammenarbeiten will. Unsere Hoffnung ist nicht ein einzelner Präsident, sondern der Wille des breiten Massen des arbeitenden Volkes. Jetzt gilt es, die Souveränität des Volkes zu befreien auf einem Felsen von Eis. Unsere Partei kommt noch der Wahl;

die Unmöglichkeit, die innere Politik von der äußeren Politik zu trennen, man kann nicht die innere Politik mit den Rechten und die äußere mit den Linken machen. Die Regierung wird sich entscheiden müssen, mit wem sie zusammenarbeiten will. Unsere Hoffnung ist nicht ein einzelner Präsident, sondern der Wille des breiten Massen des arbeitenden Volkes. Jetzt gilt es, die Souveränität des Volkes zu befreien auf einem Felsen von Eis. Unsere Partei kommt noch der Wahl;

die Unmöglichkeit, die innere Politik von der äußeren Politik zu trennen, man kann nicht die innere Politik mit den Rechten und die äußere mit den Linken machen. Die Regierung wird sich entscheiden müssen, mit wem sie zusammenarbeiten will. Unsere Hoffnung ist nicht ein einzelner Präsident, sondern der Wille des breiten Massen des arbeitenden Volkes. Jetzt gilt es, die Souveränität des Volkes zu befreien auf einem Felsen von Eis. Unsere Partei kommt noch der Wahl;

die Unmöglichkeit, die innere Politik von der äußeren Politik zu trennen, man kann nicht die innere Politik mit den Rechten und die äußere mit den Linken machen. Die Regierung wird sich entscheiden müssen, mit wem sie zusammenarbeiten will. Unsere Hoffnung ist nicht ein einzelner Präsident, sondern der Wille des breiten Massen des arbeitenden Volkes. Jetzt gilt es, die Souveränität des Volkes zu befreien auf einem Felsen von Eis. Unsere Partei kommt noch der Wahl;

die Unmöglichkeit, die innere Politik von der äußeren Politik zu trennen, man kann nicht die innere Politik mit den Rechten und die äußere mit den Linken machen. Die Regierung wird sich entscheiden müssen, mit wem sie zusammenarbeiten will. Unsere Hoffnung ist nicht ein einzelner Präsident, sondern der Wille des breiten Massen des arbeitenden Volkes. Jetzt gilt es, die Souveränität des Volkes zu befreien auf einem Felsen von Eis. Unsere Partei kommt noch der Wahl;

die Unmöglichkeit, die innere Politik von der äußeren Politik zu trennen, man kann nicht die innere Politik mit den Rechten und die äußere mit den Linken machen. Die Regierung wird sich entscheiden müssen, mit wem sie zusammenarbeiten will. Unsere Hoffnung ist nicht ein einzelner Präsident, sondern der Wille des breiten Massen des arbeitenden Volkes. Jetzt gilt es, die Souveränität des Volkes zu befreien auf einem Felsen von Eis. Unsere Partei kommt noch der Wahl;

die Unmöglichkeit, die innere Politik von der äußeren Politik zu trennen, man kann nicht die innere Politik mit den Rechten und die äußere mit den Linken machen. Die Regierung wird sich entscheiden müssen, mit wem sie zusammenarbeiten will. Unsere Hoffnung ist nicht ein einzelner Präsident, sondern der Wille des breiten Massen des arbeitenden Volkes. Jetzt gilt es, die Souveränität des Volkes zu befreien auf einem Felsen von Eis. Unsere Partei kommt noch der Wahl;

die Unmöglichkeit, die innere Politik von der äußeren Politik zu trennen, man kann nicht die innere Politik mit den Rechten und die äußere mit den Linken machen. Die Regierung wird sich entscheiden müssen, mit wem sie zusammenarbeiten will. Unsere Hoffnung ist nicht ein einzelner Präsident, sondern der Wille des breiten Massen des arbeitenden Volkes. Jetzt gilt es, die Souveränität des Volkes zu befreien auf einem Felsen von Eis. Unsere Partei kommt noch der Wahl;

die Unmöglichkeit, die innere Politik von der äußeren Politik zu trennen, man kann nicht die innere Politik mit den Rechten und die äußere mit den Linken machen. Die Regierung wird sich entscheiden müssen, mit wem sie zusammenarbeiten will. Unsere Hoffnung ist nicht ein einzelner Präsident, sondern der Wille des breiten Massen des arbeitenden Volkes. Jetzt gilt es, die Souveränität des Volkes zu befreien auf einem Felsen von Eis. Unsere Partei kommt noch der Wahl;

die Unmöglichkeit, die innere Politik von der äußeren Politik zu trennen, man kann nicht die innere Politik mit den Rechten und die äußere mit den Linken machen. Die Regierung wird sich entscheiden müssen, mit wem sie zusammenarbeiten will. Unsere Hoffnung ist nicht ein einzelner Präsident, sondern der Wille des breiten Massen des arbeitenden Volkes. Jetzt gilt es, die Souveränität des Volkes zu befreien auf einem Felsen von Eis. Unsere Partei kommt noch der Wahl;

die Unmöglichkeit, die innere Politik von der äußeren Politik zu trennen, man kann nicht die innere Politik mit den Rechten und die äußere mit den Linken machen. Die Regierung wird sich entscheiden müssen, mit wem sie zusammenarbeiten will. Unsere Hoffnung ist nicht ein einzelner Präsident, sondern der Wille des breiten Massen des arbeitenden Volkes. Jetzt gilt es, die Souveränität des Volkes zu befreien auf einem Felsen von Eis. Unsere Partei kommt noch der Wahl;

die Unmöglichkeit, die innere Politik von der äußeren Politik zu trennen, man kann nicht die innere Politik mit den Rechten und die äußere mit den Linken machen. Die Regierung wird sich entscheiden müssen, mit wem sie zusammenarbeiten will. Unsere Hoffnung ist nicht ein einzelner Präsident, sondern der Wille des breiten Massen des arbeitenden Volkes. Jetzt gilt es, die Souveränität des Volkes zu befreien auf einem Felsen von Eis. Unsere Partei kommt noch der Wahl;

die Unmöglichkeit, die innere Politik von der äußeren Politik zu trennen, man kann nicht die innere Politik mit den Rechten und die äußere mit den Linken machen. Die Regierung wird sich entscheiden müssen, mit wem sie zusammenarbeiten will. Unsere Hoffnung ist nicht ein einzelner Präsident, sondern der Wille des breiten Massen des arbeitenden Volkes. Jetzt gilt es, die Souveränität des Volkes zu befreien auf einem Felsen von Eis. Unsere Partei kommt noch der Wahl;

die Unmöglichkeit, die innere Politik von der äußeren Politik zu trennen, man kann nicht die innere Politik mit den Rechten und die äußere mit den Linken machen. Die Regierung wird sich entscheiden müssen, mit wem sie zusammenarbeiten will. Unsere Hoffnung ist nicht ein einzelner Präsident, sondern der Wille des breiten Massen des arbeitenden Volkes. Jetzt gilt es, die Souveränität des Volkes zu befreien auf einem Felsen von Eis. Unsere Partei kommt noch der Wahl;

die Unmöglichkeit, die innere Politik von der äußeren Politik zu trennen, man kann nicht die innere Politik mit den Rechten und die äußere mit den Linken machen. Die Regierung wird sich entscheiden müssen, mit wem sie zusammenarbeiten will. Unsere Hoffnung ist nicht ein einzelner Präsident, sondern der Wille des breiten Massen des arbeitenden Volkes. Jetzt gilt es, die Souveränität des Volkes zu befreien auf einem Felsen von Eis. Unsere Partei kommt noch der Wahl;

die Unmöglichkeit, die innere Politik von der äußeren Politik zu trennen, man kann nicht die innere Politik mit den Rechten und die äußere mit den Linken machen. Die Regierung wird sich entscheiden müssen, mit wem sie zusammenarbeiten will. Unsere Hoffnung ist nicht ein einzelner Präsident, sondern der Wille des breiten Massen des arbeitenden Volkes. Jetzt gilt es, die Souveränität des Volkes zu befreien auf einem Felsen von Eis. Unsere Partei kommt noch der Wahl;

die Unmöglichkeit, die innere Politik von der äußeren Politik zu trennen, man kann nicht die innere Politik mit den Rechten und die äußere mit den Linken machen. Die Regierung wird sich entscheiden müssen, mit wem sie zusammenarbeiten will. Unsere Hoffnung ist nicht ein einzelner Präsident, sondern der Wille des breiten Massen des arbeitenden Volkes. Jetzt gilt es, die Souveränität des Volkes zu befreien auf einem Felsen von Eis. Unsere Partei kommt noch der Wahl;

die Unmöglichkeit, die innere Politik von der äußeren Politik zu trennen, man kann nicht die innere Politik mit den Rechten und die äußere mit den Linken machen. Die Regierung wird sich entscheiden müssen, mit wem sie zusammenarbeiten will. Unsere Hoffnung ist nicht ein einzelner Präsident, sondern der Wille des breiten Massen des arbeitenden Volkes. Jetzt gilt es, die Souveränität des Volkes zu befreien auf einem Felsen von Eis. Unsere Partei kommt noch der Wahl;

die Unmöglichkeit, die innere Politik von der äußeren Politik zu trennen, man kann nicht die innere Politik mit den Rechten und die äußere mit den Linken machen. Die Regierung wird sich entscheiden müssen, mit wem sie zusammenarbeiten will. Unsere Hoffnung ist nicht ein einzelner Präsident, sondern der Wille des breiten Massen des arbeitenden Volkes. Jetzt gilt es, die Souveränität des Volkes zu befreien auf einem Felsen von Eis. Unsere Partei kommt noch der Wahl;

die Unmöglichkeit, die innere Politik von der äußeren Politik zu trennen, man kann nicht die innere Politik mit den Rechten und die äußere mit den Linken machen. Die Regierung wird sich entscheiden müssen, mit wem sie zusammenarbeiten will. Unsere Hoffnung ist nicht ein einzelner Präsident, sondern der Wille des breiten Massen des arbeitenden Volkes. Jetzt gilt es, die Souveränität des Volkes zu befreien auf einem Felsen von Eis. Unsere Partei kommt noch der Wahl;

die Unmöglichkeit, die innere Politik von der äußeren Politik zu trennen, man kann nicht die innere Politik mit den Rechten und die äußere mit den Linken machen. Die Regierung wird sich entscheiden müssen, mit wem sie zusammenarbeiten will. Unsere Hoffnung ist nicht ein einzelner Präsident, sondern der Wille des breiten Massen des arbeitenden Volkes. Jetzt gilt es, die Souveränität des Volkes zu befreien auf einem Felsen von Eis. Unsere Partei kommt noch der Wahl;

die Unmöglichkeit, die innere Politik von der äußeren Politik zu trennen, man kann nicht die innere Politik mit den Rechten und die äußere mit den Linken machen. Die Regierung wird sich entscheiden müssen, mit wem sie zusammenarbeiten will. Unsere Hoffnung ist nicht ein einzelner Präsident, sondern der Wille des breiten Massen des arbeitenden Volkes. Jetzt gilt es, die Souveränität des Volkes zu befreien auf einem Felsen von Eis. Unsere Partei kommt noch der Wahl;

die Unmöglichkeit, die innere Politik von der äußeren Politik zu trennen, man kann nicht die innere Politik mit den Rechten und die äußere mit den Linken machen. Die Regierung wird sich entscheiden müssen, mit wem sie zusammenarbeiten will. Unsere Hoffnung ist nicht ein einzelner Präsident, sondern der Wille des breiten Massen des arbeitenden Volkes. Jetzt gilt es, die Souveränität des Volkes zu befreien auf einem Felsen von Eis. Unsere Partei kommt noch der Wahl;

die Unmöglichkeit, die innere Politik von der äußeren Politik zu trennen, man kann nicht die innere Politik mit den Rechten und die äußere mit den Linken machen. Die Regierung wird sich entscheiden müssen, mit wem sie zusammenarbeiten will. Unsere Hoffnung ist nicht ein einzelner Präsident, sondern der Wille des breiten Massen des arbeitenden Volkes. Jetzt gilt es, die Souveränität des Volkes zu befreien auf einem Felsen von Eis. Unsere Partei kommt noch der Wahl;

die Unmöglichkeit, die innere Politik von der äußeren Politik zu trennen, man kann nicht die innere Politik mit den Rechten und die äußere mit den Linken machen. Die Regierung wird sich entscheiden müssen, mit wem sie zusammenarbeiten will. Unsere Hoffnung ist nicht ein einzelner Präsident, sondern der Wille

## Amtlicher Teil.

### Bekanntmachung.

Am unserer Gesamtkündigung am 15. Mai 1925 werden die Herren

Erhard Boltz in Dresden, Haydnstr. 52, und

Otto Knack in Dresden, Gohlswstr. 2, als Büchereibesitzer nach § 26 der Reichsgewerbeordnung öffentlich bestellt und vereidigt.

Der verstorbenen Büchereibesitzer Karl Steyer in Dresden ist in der Liste der vereidigten Büchereibesitzer gestrichen worden.

1076

Dresden, am 18. Mai 1925.

### Die Handelskammer.

Auf Blatt 357 des hiesigen Handelsregisters ist heute die Firma **Gelius, Kling** in Döngensdorf eingetragen worden. Gesellschafter sind die Kaufleute **Wilhelm Kling** und **Minna Kling** in Döngensdorf. Die Gesellschaft ist am 14. April 1925 eröffnet worden. Angegebener Geschäftszweck: Handel mit Wolle.

**Amtsgericht Döngensdorf (Bogisl.)**,  
den 19. Mai 1925.

Auf Blatt 106 des Handelsregisters, heizt die Firma **Bürgerliches Brauhaus, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** Leipzig-Marktstadt mit Zweigniederlassung in Leipzig ist am 7. März 1925 eingetragen worden:

Die Gesellschaftsversammlung vom 7. Januar 1925 hat die Umstellung des Stammkapitals auf zweihunderttausend Reichsmark beschlossen. Die Umstellung ist durchgeführt. Der Gesellschaftsvertrag ist durch den gleichen Beschluss laut Notariatsprotokoll vom 7. Januar 1925 abgeändert worden.

**Amtsgericht Marktstadt Sa.**,  
den 18. Mai 1925.

Das im Grundbuche B für Autobahn-Dresden Blatt 237 noch auf den Namen **Karl August Tölke** eingetragene Grundstück soll am 4. Juli 1925, vormittags 1/20 Uhr an der Gerichtsstelle, Voithinger Str. 1, I., Saal 118, im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Das Grundstück ist noch dem Flurbuche 8,3 Ar groß und auf 23 400 RM. geschätzt. (Handverfahrt nördlich 119 000 M.). Es besteht aus einem Hinterwohngeschoß, einem Hinterwohngebäude, einem Schlechtpflegegebäude und Hofraum und liegt in Dresden-R., Schöpfer Str. 33.

Die Einsicht der Witterungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachvollstellungen insbesondere der Schätzungen, ist jedem geöffnet, Nummer 120.

Rechte auf Versteigerung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 27. März 1925 verlaubten Versteigerungsvertrages aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, ziemlich im Versteigerungstermin vor der Aufhebung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, währendfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Gläubiger und den übrigen Rechten nachgelegt werden würden.

Wer im der Versteigerung entgegenstehende Recht hat, muss vor der Erteilung des Aufschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einsetzung des Verfahrens herbeisehnen, währendfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des verfehlten Gegenstandes tritt.

**Amtsgericht Dresden, Abt. III,**  
den 20. Mai 1925.

In das Handelsregister ist eingetragen worden:  
a) auf Blatt 810 die Firma **O. Richard Wagner** in Annaberg bei Annaberg Sa. Der Betriebsaufseher **Oskar Richard Wagner** in Annaberg ist Inhaber. Angegebener Geschäftszweig: Fabrikation von Universal-Auten. Wagner-Patent ist alle Güter- und Betriebszwecke;

b) auf Blatt 504, heizt die Firma **Siedlungsgesellschaft Frankenberg Sa.**, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Frankenberg; Die Liquidation ist beendet. Die Firma ist erloschen;

c) auf Blatt 596, heizt die Firma **Hamburger Kaffee-Lager Haber & Dahmen** in Frankenberg; Die Firma ist erloschen.

1079

(Sächs.) **Amtsgericht Frankenberg,**  
den 19. Mai 1925.

Im Handelsregister ist heute eingetragen worden:  
a) auf dem für die Firma **Karl August Holdigkeit Nachfolger** in Freital befindenden Blatt 19: Die Firma ist erloschen;

b) auf dem für die Firma **Emil Mettel**, Möbelkabinett in Freital befindenden Blatt 511: Mettel ist erloschen; Frau Johanna Jenny vbl. Mettel geb. Schmid in Freital.

1086

**Amtsgericht Freital,** 16. Mai 1925.

Die Spenden für die Hinterbliebenen der Dortmunder Grubenkatastrophe.  
Dortmund, 18. Mai.  
Aus Anlass heutiger Angreifungen wegen der Verschüttung der Hinterbliebenen der Opfer von der Seite Minister Stein eingegangenen Spenden erklärt der sächsische Pressechef in Dortmund: Der Wunsch der Hinterbliebenen sei auf sofortige restlose Auszahlung der gesammelten Spenden habe nicht erfüllt werden können. Die Hinterbliebenen müssen nach den Beschlüssen des Spendenausschusses durch Verteilung nationaler Zusatzrenten erfüllt werden. Der Kapitalwert dieser Leistungen beträgt rund 600 000 M. Außerdem sei aus dem Ertrag des Hilfswerkes eine Summe von 500 000 M. abgezweigt worden zur Unterstützung von Hinterbliebenen aus früheren und zukünftigen Bergwerksangländen im rheinisch-westfälischen Industriegebiete.

**Der Oberbefehl über Italiens Heer.**  
Musolinis Rede über den nächsten Krieg

Rom, 18. Mai.

Im Verlauf der Senatsdebatte über den Gesetzentwurf betreffend den Oberbefehl über das Heer erläuterte der Reichstagsabgeordnete General Giardino den Gesetzentwurf, wobei er bekannte, die Regierung wolle die Befugnisse der Marine nicht einschränken. Hierauf erging der

besiehe kein Zweck daran, daß der nächste Krieg hauptsächlich ein Landkrieg sein werde. Hinsichtlich der Zusammenfassung der Streitkräfte und der Vorbereitung des Krieges hängt es von dem Generalstabchef und vom Regierungschef ab, daß ja der Ministerpräsident gleichzeitig auch Vorsitzender im obersten Verleidungsausschuß sei. Was die Armee selbst anstrebt, so sei der Generalstabchef dem Kabinettssekretariat unterstellt. Die Befugnisse und die Verantwortlichkeiten dieses Postens seien klar umschrieben. Mussolini fügte hinzu, der Vize an den Senat, den Gelegenheitsantritt anzugreifen, der den ersten Schritt zur Reorganisation der militärischen Einrichtungen der Nation zu stellen. Nach dieser Erklärung Musolinis wurde der Gesetzentwurf angenommen. Die Senatorn Thaon di Revel und Gauglietti erklärten, daß ihre Ablehnung des Gesetzentwurfs keinen politischen Charakter habe.

### Das italienische Frauenwahlrecht.

Rom, 19. Mai.

Nach dem von der Kammer angenommenen Frauenwahlrecht haben nur gewisse Städtezonen von Frauen das Gemeindewahlrecht, sofern sie ihre Eintragung in die Wahlliste selbst vornehmen. Es handelt sich u. a. um Männer von Kriegsgefallenen, Witwen von Kriegsgefallenen, Frauen, welche tatsächlich die elterliche Gewalt ausüben. Frauen, welche die Befähigung zum Schulunterricht erworben haben, Frauen, welche jährlich mindestens 40 Lire direkte Steuern bezahlen und schreiben und lesen können, sowie Frauen, welche Kriegs- oder Katastrophenschwangeren besuchen. Die in die Wahlzettel eingetragenen Frauen sind zu Gemeindämtern wählbar, außer zu Bürgermeisterämtern. Vorliegenden der Provinzialverwaltungen u. v. Die Abstimmung der Frauen und Männer hat getrennt vorzunehmen.

### Die Kämpfe in Marocco.

Paris, 18. Mai.

Über die Lage in Französisch-Marocco berichtet der Sonderberichterstatter des "Journal": Marshall Poincaré habe ihm im Laufe einer Unterhaltung erklärt, daß Abd el Krim einen vollkommen organisierten Nachrichtendienst besitzt, der ihn ausfüllt an den Meldepunkten der Presse aller Länder über marokkanische Fragen liefern. Es sei daher unumgänglich, daß in journalistischer Hinsicht jede Vorsichtsmaßregeln beobachtet werden. Der Sonderberichterstatter des "Petit Parisien" erklärte, die Aufgabe der Franzosen sei noch nicht beendet. Was durch die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Kämpfe nicht unterschätzen. Man müsse sich vorstellen, daß sie wenig Vergleichspunkt mit den europäischen Kriegen hätten. Wenn auch die Kanonen, welche die Räteleute besitzen, wenig zahlreich und die Feuerkraft gering sei, so gebe es Schülen, die sich ihrer Gewehre mit einer außerordentlichen Geschicklichkeit bedienen. Das Land lädt für den Hinterhalt Waffen und Geschütze. Das dortige Klima fordert besondere Ausdauer und besondere Mut. Am Übrigen stellt der Berichterstatter fest, daß die französischen Truppen keine Kämpfe gegen feindliche Flieger zu bestehen und daß es seit einem Monat keine Flugzeuge der Räte gezeigt hätten.

Die "Information" teilt aus Montaz in einem Lesebericht mit, daß die Erfahrungen der beiden letzten Wochen die Notwendigkeit ergeben hätten, den Krieg gegen Abd el Krim nach europäischer Art zu führen. Vor allem müsse schwere Artillerie und die anderen Mittel der modernen Kampftechnik eingesetzt werden. Das Blatt deutet weiterhin an, daß, wenn die spanischen Truppen auch bisher die Grenze der spanischen Zone noch nicht überschritten haben, dies sich doch wahrscheinlich im weiteren Verlauf der Operation als notwendig erweisen würde; auf diplomatischem Wege sei darüber bereits mit der spanischen Regierung verhandelt worden.

Paris, 19. Mai.

Das in Rabat über die Lage in Französisch-Marocco angegebene Kommuniqué besagt, daß im Westen eine Verstärkung der Defensivorganisation und an mehreren Punkten Truppenansammlungen festgestellt werden sollen. Ein Zug des Feindes gegen El Djem sei durch die französischen Truppen aufgewiesen worden. Die Truppe Colombat sei ohne Kämpfen auf die el Vall und Tahrant vorgedrungen. Man meldet eine Verstärkung der feindlichen Kontingente, die Numidianen, die erhielten und sich methodisch organisierten. Im Osten seien bedeutende Verstärkungen eingetroffen. Die den Franzosen neuen Schritte überwachen die bedrohlichen Punkte der Gegend. Wie eine im "Journal" veröffentlichte Meldung aus Tanger besagt, läuft das Gericht um, Abd el Krim habe eine demokratische Offenlegung in der spanischen Weizone von Marocco ins Auge gefasst. Nach einer Tropferei beider Blätter aus Casablanca ist die Lage im Gebirge von Tiznit und in Ourzoug ruhig. Marshall Poincaré habe hier verlassen, um noch Rabat zurückzukehren. Man meldet überall bei den Räten eine bedächtliche Aktivität, was darauf hinzweisen scheint, daß Abd el Krim sehr wohl entschlossen sei, seine Missionen gegen Frankreich fortzuführen.

Paris, 20. Mai.

Gestern nachmittag hat unter dem Vorstoß des Ministerpräsidenten Poincaré in Anwesenheit des Außenministers Briand und des Finanzministers Gaillaux eine Versammlung statt-

gefunden, in deren Verlauf man sich mit den Angelegenheiten in Marocco und mit der Frage der interalliierten Schulden beschäftigte.

Zu Ende der Versammlung hat Poincaré der Presse eine Mitteilung zugehen lassen, in der er heißt: In dem Augenblick, wo das Kabinett Poincaré gebildet wurde, hätte Marshall Poincaré schon Verbündungen verlangt gehabt, um einer Offensive begegnen zu können. Diese Verbündungen seien durch das vorangegangene Kabinett vorbereitet und durch das Kabinett Poincaré abgesandt worden. Der Marschall sei hinklarich mit schwerer Artillerie, Fliegengeschwadern und anderen Waffen versehen worden. Es handle sich bei allem um seine koloniale Expansion. Alle Kriegerien spielen sich im französischen Protektoratgebiete ab. Die Regierung habe kein anderes Ziel, als in Marocco einen ständigen und sicherer Frieden herzustellen, welcher der Würde Frankreichs entspreche und im Rahmen der Verträge bleibe. Diese Politik werde von Laienken getragen. Eine Regierung hätte anders handeln können, als die jetzige. Die Regierung fordere von der öffentlichen Meinung, sich nicht durch solche Nachrichten beeinflussen zu lassen. Man möge den Truppen und ihren Führern Vertrauen schenken.

### Annahme des polnischen Staatsbudgets.

Warschau, 18. Mai.

Der Sejm hat in dritter Lesung das Budget für 1925 mit den Stimmen der Rechtspartei, der Nationalen Arbeitspartei und der Thugutt-Gruppe gegen die Stimmen der Linksparteien und der nationalen Minderheiten bei Stimmenthaltung der Sozialisten angenommen. Missbrauchsanträge der Opposition gegen das Kabinett, gegen den Justizminister, den Kriegsminister, den Handelsminister und den Innenminister wurden mit geringer Mehrheit abgelehnt.

### Spaltung in der japanischen Gewerkschaftsbewegung.

Osaka, Mitte Mai.

Die schon lange erwartete Spaltung im Allgemeinen Japanischen Gewerkschaftsbund ist Mitte April zur Tat geschehen. Der Bundesvorstand sah sich genötigt, 26 Organisationen, deren Leitung sich im Händen kommunistischer oder syndikalischer Elemente befand, auszuschließen. Über die Gründe dieser Maßnahmen erklärte der Bundesvorsitzende Kohlo dem japanischen Korrespondenten des "Sozialdemokratischen Presse Dienstes" u. a.: Die aufgeschlossenen radikalen Gruppen innerhalb der japanischen Gewerkschaftsbewegung knüpften zu den russischen Kommunisten recht enge Beziehungen an. Die Tatsche war natürlich eine schwere Verhöhrung, daß in journalistischer Hinsicht jede Vorsichtsmaßregeln beobachtet werden. Der Sonderberichterstatter des "Petit Patriote" erklärte, die Aufgabe der Franzosen sei noch nicht beendet. Was durch die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Kämpfe nicht unterschätzen. Man müsse sich vorstellen, daß sie wenig Vergleichspunkt mit den europäischen Kriegen hätten. Wenn auch die Kanonen, welche die Räteleute besitzen, wenig zahlreich und die Feuerkraft gering sei, so gebe es Schülen, die sich ihrer Gewehre mit einer außerordentlichen Geschicklichkeit bedienen. Das Land lädt für den Hinterhalt Waffen und Geschütze. Das dortige Klima fordert besondere Ausdauer und besondere Mut. Am Übrigen stellt der Berichterstatter fest, daß die französischen Truppen keine Kämpfe gegen feindliche Flieger zu bestehen und daß es seit einem Monat keine Flugzeuge der Räte gezeigt hätten.

Die "Information" teilt aus Montaz in einem Lesebericht mit, daß die Erfahrungen der beiden letzten Wochen die Notwendigkeit ergeben hätten, den Krieg gegen Abd el Krim nach europäischer Art zu führen. Vor allem

müsste schwere Artillerie und die anderen Mittel der modernen Kampftechnik eingesetzt werden. Das Blatt deutet weiterhin an, daß, wenn die spanischen Truppen auch bisher die Grenze der spanischen Zone noch nicht überschritten haben, dies sich doch wahrscheinlich im weiteren Verlauf der Operation als notwendig erweisen würde; auf diplomatischem Wege sei darüber bereits mit der spanischen Regierung verhandelt worden.

### Im Landtag.

Die sozialdemokratische Fraktionssitzung hat dem Landtag folgende Anträge unterbreitet:

Der Landtag wolle beschließen:

a) die sozialistische Staatsregierung wird beauftragt, bei der Reichsregierung darauf hinzuweisen, daß eine reichsrechtliche Regelung der Vergnegegebung baldigst erfolgt, die die wichtigsten Schubbestimmungen, den Eigenarten des Bergbaus entsprechend, einheitlich regelt;

b) durch Verordnung zu verfügen;

a) in Bergbaubereichen sind mehr als bisher Grubenkontrollen aus den Kreisen der Bergleute einzustellen;

b) die Grubenkontrollen sind von den Bergarbeiterorganisationen zu errichten;

c) das Reich unbeschrankter Grubenbefreiung ist den einzelnen Mitgliedern der Grubenförderheitskommission, den Bergleuten bei dem Oberbergamt, einzuräumen;

d) die Betriebsräte haben das Recht, zur energetischen Bekämpfung der Unfallgefahr jederzeit, unter Beachtung der bergpolizeilichen Vorschriften, eine Kontrolle aller Schachtaufzüge vorzunehmen. Unternehmer, die die Betriebsräte behindern, sind zu bestrafen;

e) das Gewerkschaftsverfahren ist, soweit technisch durchführbar, obligatorisch anzuordnen; dabei sind besonders geschulte Bergarbeiter heranzuziehen;

f) das Überladen von Förderwagen, wie die Leistung von Überschichten für einzelne Bergarbeiter sind grundsätzlich zu verbieten;

g) zur besseren Ausbildungsmöglichkeit für Schießmeister und Häuer sowie für die Unterweisung der Belegschaften über die Unfallgefahren sind genügend Mittel bereitzustellen; h) die Einrichtungen zur Rettung bedrohter Arbeiter bei Sprengexplosionen und Bränden sind weitestgehend zu fördern.

Die Beratung der Gemeindeordnung im Plenum des Landtages ist für nächsten Montag festgelegt worden.

## Dresden.

### Ein Polizeifilm.

Auf Einladung der Sächsischen Staatssicherheitsverwaltung und des Polizeipräsidiums Dresden erfolgte am Dienstag im Prinzess-Theater die Vorführung von polizeilichen Lehr- und Ausbildungsfilmern, die demnächst in Kinos zu den dort stattfindenden internationalen polizeitechnischen Ausstellung vorgeführt werden.

Der Präsident der Staatspolizeiverwaltung Dr. de Guehery bemerkte einleitend, daß die Aufgaben der Polizei heute ganz andere sind als früher. Die Polizei habe die Republik zu schützen, der nicht zu unterschätzende Gefahren drohen, wie der Hitlerputsch und der Tschauderay gezeigt haben. Der Mangel an Zahl der Polizeimannschaften sei durch eine Umrangierung und Automobilisierung des Polizeiviertels sowie möglichst ausgeschlichen werden.

Der Film brachte zunächst einige szenenbildliche Bilder des alten Reichs- und Städtestaates Sachsen mit der in unmittelbarer Nähe gelagerten Landespolizeischule und ließ die umfangreiche Arbeit erkennen, die erforderlich ist, um die jungen Polizianwärter zu ihrem vielseitigen und anstrengenden Beruf vorzubereiten. Gezeigt wurden Übungen an der Güterleiter, Droschken, Türen am Barren, Freiluftübungen, das Nehmen von Hindernissen in voller Ausführung und die Eingelaufbildung für den Polizeiberuf.

Von den 19 bis 24 Jahre alten Anwärtern können jenseit bis zu 400 in vier Inspektionen in die drei Hörsäle gleichmäßig aufgebildet werden. Der Anwärter erhält neben der theoretischen Ausbildung, auf die größere Wert gelegt wird, auch noch allgemeinbildende und politisch-sachliche Unterricht. Die Ausbildung auf der Schule dauert ein Jahr. Die Auswahl unter den Bewerbern ist eine sehr sorgfältige in bezug auf körperliche, geistige und fähige Tätigkeit.

Eckanternde Worte des Polizeipräsidenten rührten leiteten zu einem weiteren Film des Polizeipräsidiums Dresden über. Zunächst wurde die Körpererziehung der Polizeibeamten vorgeführt. Es handelt sich dabei zum Teil um solche Beamte, die aus der Polizeischule hervorgegangen sind, zum Teil um ältere Beamte, die die Schule nicht besucht haben. Sie sollen durch körperliche Übungen einmal zu guter Stoffhaltung und Gewandtheit erzogen werden, zum anderen sollen Sport und Spiele die einmal erreichte körperliche Geschäftlichkeit erhalten. Gezeigt wurde auch die praktische Verwendung von Polizeikräften von der Stadt bis zum Großteil bei ehemaligen Kurzuhren. Die erläuternden Bemerkungen hierzu gab Polizeihauptmann Haase. Den Abschluss der hochinteressanten Veranstaltung bildete die Vorführung eines längeren, sehr anschaulichen Verkehrsfilms, der später auch der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden soll.

\* **Günzburg.** Am Himmelfahrtstag bleiben häusliche Abteilungen des Günzbades geschlossen. Freitag, 22. Mai und am Pfingstsonntag sind häusliche Abteilungen ununterbrochen von fünf 8 bis abends 1/2 Uhr geöffnet. Lassenabluß 1/2 Uhr, sitzt die Schwäbörde 1/2 Uhr. Am 1. und 2. Pfingstsonntag bleibt das Günzbade geschlossen.

\* **Striesenbahnlinie 8.** In der Nacht vom 21. zum 22. Mai und vom 22. zum 23. Mai wird von 1.30 nachts bis 4.30 früh die Marienbrücke wegen Gleisbauarbeiten für den Striesenbahnverkehr vollständig gesperrt. Während dieser Zeit verkehren die Nachzüge der Linie 8 anstatt durch die Könneritzbrücke über Bahnhof Weißer Straße-Bahnhof, durch die Annenstraße über Postplatz, Augustusbrücke, Heintzstraße nach Neustädter Bahnhof und umgekehrt.

\* **Zwinglotterie.** Die Richtigung der Zwinglotterie beginnt diesen Freitag, den 22. Mai, früh 8 Uhr im Kärländerpalais, Georgsplatz 3. Wer sich noch Lose kaufen will, deckt sich; bei allen Kollektoren sind sie noch das Ende zu 1. M. erhältlich. Rögen in letzter Minute noch viele Dresdner dem großen demokratischen Zweck das kleine Opfer eines Loslances zu tun.

\* **Postkrafts. als Postkraftswagenführer.** Die Rechtsabteilung der Oberpostdirektion teilt mit: Infolge der zunehmenden Verhöhung der Postfuhrleistungen besteht bei der Oberpostdirektion in Dresden wachsender Bedarf an Postkraftswagenführern. Es bietet sich Gelegenheit zur Einschaltung in den Dienst der Deutschen Reichspost und zur späteren plamärrigen Anstellung mit Anspruch auf Gehobelt und Hinterbliebenenversorgung für junge Leute, die folgende Bedingungen erfüllen: Abgeschlossene Volksbildung, mindestens 3-jährige Lehre in den Schlosser- oder Giessmechanikerhandwerk, bestandene Gesellenprüfung, mindestens einsjährige praktische Erfahrung als Geselle, Besitz des Führerschein 2 und Ab und zunächst einige praktische Erfahrung im Fahren von Wagen mit Verbrennungsmotoren. Besuche sind an die Oberpostdirektion in Dresden-A. I zu richten.

\* **Bund Sächsischer Konsumvereine, Ortsgruppe Dresden.** Montag, d. 25. Mai, nachmittags 7 Uhr, Mitgliederversammlung im Saale der Kunstgewerbeschule in Dresden-A., Glashütte 34. Vortrag des

Bundesvorsitzenden Horckhardt über das Bevölkerungsproblem (mit Lichtbildern). Gäste willkommen.

### Neues sächsisches Rentnerheim in Niederlößnitz.

Umgehende Meldungen erwünscht!

Die Stadt Dresden hat das vormalige Oberförsterei-Sanatorium in Niederlößnitz für die Zwecke eines Rentnerheims erworben. Das Heim wird in älternäherer Zeit eröffnet. Aufnahme sollen Ehepaare und Eingelpersonen finden, die infolge ihres Alters in ihrer jetzigen häuslichen Lage nicht mehr leben können. Dresdner Einwohner sind und dem Wohnungsbau eine brauchbare Wohnung zur Verfügung stellen können. Den Meinungen wird gegen eine mögliche Bezahlung neben Wohnung, Heizung und Beleuchtung die volle Tageslohn gewährt. Auskünfte erwirkt das Stiftamt, Neues Rathaus, 4. Obergeschoss, Zimmer 463, bei dem auch die Anmeldungen einzurichten sind.

## Aus Sachsen.

### Die Rentabilität der Sächsischen Staatsgüter.

In einem Teile der Presse sind unter der Überschrift "Die Rentabilität der Sächsischen Staatsgüter" unrichtige Angaben enthalten, die nicht widergesprochen bleiben können. Im Staatsbaudatplan sind die Einnahmen aus den Staatsgütern nicht mit 100 000 M., sondern mit 136 000 M. eingetragen, allerdings mit der Bemerkung, daß von diesem Betrag 36 000 M. für Wagen von Kriegsteilnehmern zu verwenden seien, sodass als Rein-Einnahme des Staates nur 100 000 M. im Gesamtbetrag stehen. Der Betrag von 136 000 M. ist ausdrücklich mit der Bemerkung, daß er nicht mit den Erträgen des Landwirtschaftsbetriebe, sondern er ist nur ein als Barabteilung festgesetzter Teil dieser Erträge, der im übrigen zum weiteren Nutzen der Staatsgüter verwendet werden soll. Es ist hierbei zu bedenken, daß die Staatsgüter vor ihrer Bewirtschaftung durch das Reichslandwirtschaftsamt ausschließlich als Rentenobjekte verwendet werden waren, sodass insgesamt, um sie zu vollwertigen Landwirtschaftsbetrieben umzugestalten, sehr erhebliche Aufwendungen in der Bodenkultur, für Beschaffung des nun sehr unvollständigen soßen Inventars, vor allem aber auch für die Beschaffung des nötigen Viehbestandes erforderlich waren. So waren zu Beginn der Bewirtschaftung auf sämtlichen Gütern nur 100 Stück Rindvieh, 200 Schafe und 100 Hühner vorhanden. Seitdem gegenwärtig nicht vorhanden. Bezug 1-3 bis 15. Juni an den Bezirkshofrat in Bayreuth - 1. Breitenau, Orléans, 2. Lehesten, 3. Leisnig, 4. Grimma, 5. Naumburg, 6. Zeulenroda, 7. Weida, 8. Mühlhausen, 9. Gotha, 10. Arnstadt, 11. Erfurt, 12. Sangerhausen, 13. Halle, 14. Merseburg, 15. Köthen, 16. Quedlinburg, 17. Halberstadt, 18. Magdeburg, 19. Bitterfeld, 20. Dessau, 21. Bernburg, 22. Aschersleben, 23. Quedlinburg, 24. Haldensleben, 25. Salzwedel, 26. Stendal, 27. Börde, 28. Bitterfeld, 29. Köthen, 30. Halle, 31. Merseburg, 32. Quedlinburg, 33. Bernburg, 34. Haldensleben, 35. Stendal, 36. Börde, 37. Bitterfeld, 38. Köthen, 39. Halle, 40. Merseburg, 41. Quedlinburg, 42. Bernburg, 43. Haldensleben, 44. Stendal, 45. Börde, 46. Köthen, 47. Halle, 48. Merseburg, 49. Quedlinburg, 50. Bernburg, 51. Haldensleben, 52. Stendal, 53. Börde, 54. Köthen, 55. Halle, 56. Merseburg, 57. Quedlinburg, 58. Bernburg, 59. Haldensleben, 60. Stendal, 61. Börde, 62. Köthen, 63. Halle, 64. Merseburg, 65. Quedlinburg, 66. Bernburg, 67. Haldensleben, 68. Stendal, 69. Börde, 70. Köthen, 71. Halle, 72. Merseburg, 73. Quedlinburg, 74. Bernburg, 75. Haldensleben, 76. Stendal, 77. Börde, 78. Köthen, 79. Halle, 80. Merseburg, 81. Quedlinburg, 82. Bernburg, 83. Haldensleben, 84. Stendal, 85. Börde, 86. Köthen, 87. Halle, 88. Merseburg, 89. Quedlinburg, 90. Bernburg, 91. Haldensleben, 92. Stendal, 93. Börde, 94. Köthen, 95. Halle, 96. Merseburg, 97. Quedlinburg, 98. Bernburg, 99. Haldensleben, 100. Stendal, 101. Börde, 102. Köthen, 103. Halle, 104. Merseburg, 105. Quedlinburg, 106. Bernburg, 107. Haldensleben, 108. Stendal, 109. Börde, 110. Köthen, 111. Halle, 112. Merseburg, 113. Quedlinburg, 114. Bernburg, 115. Haldensleben, 116. Stendal, 117. Börde, 118. Köthen, 119. Halle, 120. Merseburg, 121. Quedlinburg, 122. Bernburg, 123. Haldensleben, 124. Stendal, 125. Börde, 126. Köthen, 127. Halle, 128. Merseburg, 129. Quedlinburg, 130. Bernburg, 131. Haldensleben, 132. Stendal, 133. Börde, 134. Köthen, 135. Halle, 136. Merseburg, 137. Quedlinburg, 138. Bernburg, 139. Haldensleben, 140. Stendal, 141. Börde, 142. Köthen, 143. Halle, 144. Merseburg, 145. Quedlinburg, 146. Bernburg, 147. Haldensleben, 148. Stendal, 149. Börde, 150. Köthen, 151. Halle, 152. Merseburg, 153. Quedlinburg, 154. Bernburg, 155. Haldensleben, 156. Stendal, 157. Börde, 158. Köthen, 159. Halle, 160. Merseburg, 161. Quedlinburg, 162. Bernburg, 163. Haldensleben, 164. Stendal, 165. Börde, 166. Köthen, 167. Halle, 168. Merseburg, 169. Quedlinburg, 170. Bernburg, 171. Haldensleben, 172. Stendal, 173. Börde, 174. Köthen, 175. Halle, 176. Merseburg, 177. Quedlinburg, 178. Bernburg, 179. Haldensleben, 180. Stendal, 181. Börde, 182. Köthen, 183. Halle, 184. Merseburg, 185. Quedlinburg, 186. Bernburg, 187. Haldensleben, 188. Stendal, 189. Börde, 190. Köthen, 191. Halle, 192. Merseburg, 193. Quedlinburg, 194. Bernburg, 195. Haldensleben, 196. Stendal, 197. Börde, 198. Köthen, 199. Halle, 200. Merseburg, 201. Quedlinburg, 202. Bernburg, 203. Haldensleben, 204. Stendal, 205. Börde, 206. Köthen, 207. Halle, 208. Merseburg, 209. Quedlinburg, 210. Bernburg, 211. Haldensleben, 212. Stendal, 213. Börde, 214. Köthen, 215. Halle, 216. Merseburg, 217. Quedlinburg, 218. Bernburg, 219. Haldensleben, 220. Stendal, 221. Börde, 222. Köthen, 223. Halle, 224. Merseburg, 225. Quedlinburg, 226. Bernburg, 227. Haldensleben, 228. Stendal, 229. Börde, 230. Köthen, 231. Halle, 232. Merseburg, 233. Quedlinburg, 234. Bernburg, 235. Haldensleben, 236. Stendal, 237. Börde, 238. Köthen, 239. Halle, 240. Merseburg, 241. Quedlinburg, 242. Bernburg, 243. Haldensleben, 244. Stendal, 245. Börde, 246. Köthen, 247. Halle, 248. Merseburg, 249. Quedlinburg, 250. Bernburg, 251. Haldensleben, 252. Stendal, 253. Börde, 254. Köthen, 255. Halle, 256. Merseburg, 257. Quedlinburg, 258. Bernburg, 259. Haldensleben, 260. Stendal, 261. Börde, 262. Köthen, 263. Halle, 264. Merseburg, 265. Quedlinburg, 266. Bernburg, 267. Haldensleben, 268. Stendal, 269. Börde, 270. Köthen, 271. Halle, 272. Merseburg, 273. Quedlinburg, 274. Bernburg, 275. Haldensleben, 276. Stendal, 277. Börde, 278. Köthen, 279. Halle, 280. Merseburg, 281. Quedlinburg, 282. Bernburg, 283. Haldensleben, 284. Stendal, 285. Börde, 286. Köthen, 287. Halle, 288. Merseburg, 289. Quedlinburg, 290. Bernburg, 291. Haldensleben, 292. Stendal, 293. Börde, 294. Köthen, 295. Halle, 296. Merseburg, 297. Quedlinburg, 298. Bernburg, 299. Haldensleben, 300. Stendal, 301. Börde, 302. Köthen, 303. Halle, 304. Merseburg, 305. Quedlinburg, 306. Bernburg, 307. Haldensleben, 308. Stendal, 309. Börde, 310. Köthen, 311. Halle, 312. Merseburg, 313. Quedlinburg, 314. Bernburg, 315. Haldensleben, 316. Stendal, 317. Börde, 318. Köthen, 319. Halle, 320. Merseburg, 321. Quedlinburg, 322. Bernburg, 323. Haldensleben, 324. Stendal, 325. Börde, 326. Köthen, 327. Halle, 328. Merseburg, 329. Quedlinburg, 330. Bernburg, 331. Haldensleben, 332. Stendal, 333. Börde, 334. Köthen, 335. Halle, 336. Merseburg, 337. Quedlinburg, 338. Bernburg, 339. Haldensleben, 340. Stendal, 341. Börde, 342. Köthen, 343. Halle, 344. Merseburg, 345. Quedlinburg, 346. Bernburg, 347. Haldensleben, 348. Stendal, 349. Börde, 350. Köthen, 351. Halle, 352. Merseburg, 353. Quedlinburg, 354. Bernburg, 355. Haldensleben, 356. Stendal, 357. Börde, 358. Köthen, 359. Halle, 360. Merseburg, 361. Quedlinburg, 362. Bernburg, 363. Haldensleben, 364. Stendal, 365. Börde, 366. Köthen, 367. Halle, 368. Merseburg, 369. Quedlinburg, 370. Bernburg, 371. Haldensleben, 372. Stendal, 373. Börde, 374. Köthen, 375. Halle, 376. Merseburg, 377. Quedlinburg, 378. Bernburg, 379. Haldensleben, 380. Stendal, 381. Börde, 382. Köthen, 383. Halle, 384. Merseburg, 385. Quedlinburg, 386. Bernburg, 387. Haldensleben, 388. Stendal, 389. Börde, 390. Köthen, 391. Halle, 392. Merseburg, 393. Quedlinburg, 394. Bernburg, 395. Haldensleben, 396. Stendal, 397. Börde, 398. Köthen, 399. Halle, 400. Merseburg, 401. Quedlinburg, 402. Bernburg, 403. Haldensleben, 404. Stendal, 405. Börde, 406. Köthen, 407. Halle, 408. Merseburg, 409. Quedlinburg, 410. Bernburg, 411. Haldensleben, 412. Stendal, 413. Börde, 414. Köthen, 415. Halle, 416. Merseburg, 417. Quedlinburg, 418. Bernburg, 419. Haldensleben, 420. Stendal, 421. Börde, 422. Köthen, 423. Halle, 424. Merseburg, 425. Quedlinburg, 426. Bernburg, 427. Haldensleben, 428. Stendal, 429. Börde, 430. Köthen, 431. Halle, 432. Merseburg, 433. Quedlinburg, 434. Bernburg, 435. Haldensleben, 436. Stendal, 437. Börde, 438. Köthen, 439. Halle, 440. Merseburg, 441. Quedlinburg, 442. Bernburg, 443. Haldensleben, 444. Stendal, 445. Börde, 446. Köthen, 447. Halle, 448. Merseburg, 449. Quedlinburg, 450. Bernburg, 451. Haldensleben, 452. Stendal, 453. Börde, 454. Köthen, 455. Halle, 456. Merseburg, 457. Quedlinburg, 458. Bernburg, 459. Haldensleben, 460. Stendal, 461. Börde, 462. Köthen, 463. Halle, 464. Merseburg, 465. Quedlinburg, 466. Bernburg, 467. Haldensleben, 468. Stendal, 469. Börde, 470. Köthen, 471. Halle, 472. Merseburg, 473. Quedlinburg, 474. Bernburg, 475. Haldensleben, 476. Stendal, 477. Börde, 478. Köthen, 479. Halle, 480. Merseburg, 481. Quedlinburg, 482. Bernburg, 483. Haldensleben, 484. Stendal, 485. Börde, 486. Köthen, 487. Halle, 488. Merseburg, 489. Quedlinburg, 490. Bernburg, 491. Haldensleben, 492. Stendal, 493. Börde, 494. Köthen, 495. Halle, 496. Merseburg, 497. Quedlinburg, 498. Bernburg, 499. Haldensleben, 500. Stendal, 501. Börde, 502. Köthen, 503. Halle, 504. Merseburg, 505. Quedlinburg, 506. Bernburg, 507. Haldensleben, 508. Stendal, 509. Börde, 510. Köthen, 511. Halle, 512. Merseburg, 513. Quedlinburg, 514. Bernburg, 515. Haldensleben, 516. Stendal, 517. Börde, 518. Köthen, 519. Halle, 520. Merseburg, 521. Quedlinburg, 522. Bernburg, 523. Haldensleben, 524. Stendal, 525. Börde, 526. Köthen, 527. Halle, 528. Merseburg, 529. Quedlinburg, 530. Bernburg, 531. Haldensleben, 5

## Dresdner Kurse vom 19. Mai

## Deutsche Staatspapiere.

Westl. Hal. 2. D. Reich 1-3 Voll.	2. 100 00
deutl. d. 10-1000 Deutl.	84,75 00
22. Juli. Ed. Kurs.	81 00
2. Juli. Reichsbanknote	8 0,70 00
2. Juli. deutl. 25% 0,60 00	
2. Juli. deutl. 4% 0,50 00	
2. Juli. deutl. 5% 0,48 00	
2. Juli. IV-V. Reichsg. 1916 4% 0,44 00	
2. Juli. VI-IX. deutl. 4% 0,39 00	
2. Juli. deutl. 6% 0,30 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 6% 0,29 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 8% 0,27 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 10% 0,25 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 12% 0,23 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 15% 0,20 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 20% 0,18 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 25% 0,16 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 30% 0,14 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 35% 0,12 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 40% 0,10 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 45% 0,08 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 50% 0,06 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 55% 0,04 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 60% 0,02 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 65% 0,01 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 70% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 75% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 80% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 85% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 90% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 95% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 100% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 110% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 120% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 130% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 140% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 150% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 160% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 170% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 180% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 190% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 200% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 210% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 220% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 230% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 240% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 250% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 260% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 270% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 280% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 290% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 300% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 310% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 320% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 330% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 340% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 350% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 360% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 370% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 380% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 390% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 400% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 410% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 420% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 430% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 440% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 450% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 460% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 470% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 480% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 490% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 500% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 510% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 520% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 530% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 540% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 550% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 560% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 570% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 580% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 590% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 600% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 610% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 620% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 630% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 640% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 650% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 660% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 670% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 680% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 690% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 700% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 710% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 720% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 730% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 740% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 750% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 760% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 770% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 780% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 790% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 800% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 810% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 820% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 830% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 840% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 850% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 860% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 870% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 880% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 890% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 900% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 910% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 920% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 930% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 940% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 950% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 960% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 970% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 980% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 990% 0,00 00	
2. Juli. Deutsche Reichsbanknoten 1000% 0,00 00	

## Die Wirtschaftsaussichten Frankreichs.

Über die Wirtschaftsaussichten Frankreichs veröffentlicht das Nachrichtenblatt für Ausfuhr und Einfuhr eine Betrachtung, der das Nachfolgende entnommen ist:

Das wirtschaftliche Leben Frankreichs wird seit Monaten von einem ständig zunehmenden Unbehagen beherrscht, für das man in der Hauptstrophe politischen Gründe sucht, richtiger aber wäre es wohl, den vorhandenen wirtschaftlichen Misserfolgen nachzugehen, wie es hier in großen Umrissen getan werden soll. Zugleich soll eine Beantwortung der Frage versucht werden, ob Frankreich, wie dies immer mehr befürchtet wird, einer Wirtschaftskrise entgegengesetzt.

Reizvollend für jede Wirtschaftslage sind im allgemeinen die Produktionskosten, die wiederum von einer Reihe von Umständen abhängen sind, unter denen Zinsfuß und Lohn an erster Stelle stehen. Weiter kommen die Preise für die Rohstoffe und die allgemeinen Kosten der Produktion in Frage (Steuer usw.). Nicht man zunächst den Zinsfuß in Betracht, so kann man seit 1914 eine ununterbrochene Steigerung verzeichnen, von 4 auf 7 % im letzten Monat des vergangenen Jahres. Ähnlich gilt für die Bewegung der Löhne, wo eine Steigerung von 4½ auf 8 % Ende 1924 eintrat. Ob das Steigen anhalten wird, ist fraglich, da der Wiederaufbau der beschädigten Gebiete, die sehr große Kapitalien jenseits, in der Hauptstrophe betont ist. Aber auch ohnedies ist die Nachfrage nach Kapital vorerst immer noch sehr stark, die Reischaufführung von Kapital aber in Form von Ersparnissen und vergleichbar ist durch die Entwicklung des Franken, die zunehmende Tendenz und die fast fiktive Belastung des einzelnen Jahr gegeben. Ferner kommt noch die Kapitalflucht hinzu, deren Umfang nach dem Letztag und der Wirkung nur sehr schwer genau angegeben werden kann.

Die Steigerung der Löhne hat sich nach dem Kriegsausbruch ähnlich gleichmäßig fortgesetzt, in die Vergangenheit z. B. von rund 6 Franken 1913 auf 20 Franken 1920 und 24 Franken im Jahre 1924; nach einer Statistik für den französischen Metallarbeiter, halten gekrempfte Arbeiter in Paris z. B. einen Tagessatz von 12 Franken im Jahre 1917, 20 Franken 1921 und 22 Franken im Jahre 1924; im Laufe des Jahres 1924 sind die Löhne um etwa 5 bis 10 % gestiegen. Alles deutet einwärts darauf hin, daß die Steigerung der Löhne in diesem Jahre sehr zunehmen wird. Die französischen und staatlichen Arbeiter gehen in dieser Richtung jetzt schon vor, und zweitens werden die Arbeiter der privaten Unternehmen folgen. Die Kosten der menschlichen Arbeitskraft werden also den französischen Unternehmern immer höher werden.

Was die Rohstoffe anbelangt, so kommt es hier für die Wirtschaft eines Landes natürlich vor allem darauf an, ob es sich um eingezogene oder selbst erzeugte Rohstoffe handelt. Eisen und Kohle hielten sich bei mindestens Schwankungen, wesentlich auf der gleichen Höhe, dagegen weisen Kupfer, Blei, Zink und Zinn, jenes der Kaufkraft stark, wenn auch unregelmäßige Preissteigerungen auf; das gleiche gilt in den letzten Monaten für Petroleum. Aber nur Eisen und etwa zwei Drittel der Rohre werden in Frankreich selbst genommen, während die anderen Rohstoffe in der Hauptstrophe eingeführt werden müssen. Weiter ist hinsichtlich des Eisenpreises zu beachten, daß Frankreich für Stahl und Eisen ein großes Ausfuhrland geworden ist. Die Preisbewegung dieser Rohstoffe ist für Frankreich also nicht besonders einst.

Von den allgemeinen Kosten sind die für Steuern, Transport und Miete am bedeutendsten. Die Frachtkosten der Bahnen wurden im März 1924 erhöht, und eine weitere Erhöhung ist für die nahe Zukunft in Aussicht genommen. Die Miete für industrielle Bauten und Gelände soll seit 1913 um etwa 500 bis 600 % gestiegen sein. Von der starken steuerlichen Belastung gibt die Zunahme der Erträge der Umfassungen ein klares Bild. Sie brachte 1921 rund 1,87 Milliarden und 1924 rund 4,090 Milliarden ein, während die Steuer auf den Gewinnsspitzen 1921 ein Ertragnis von rund 986 und 1924 von rund 1,599 Millionen zu verzeichnen hatte. Rechnet man dem Jahre 1924 eine längere Zeit zum erstenmal wieder eine aktive Handelsbilanz an, so wird eine solche für 1925 vorausgesetzt.

Wie kommt es zu einer wirtschaftlichen Krise zu erwarten? Vieles spricht hierfür, und die gegebenen Beschuldigungen sind in der Tat recht erheblicher Natur. Man ist in nahmäßigen Kreisen sogar der Meinung, daß man der langjährigen Krise bis jetzt nur durch die Inflation entkommen ist, und diese hervorruft west man auf die Vorwürfe hin, durch seinerzeit viel beschriebene Angaben des amerikanischen Federal Reserve Board zugunsten liegen.

Schließlich müssen Ziffern zu berücksichtigen, die zwar auf anderem Gebiet liegen, aber dennoch einen starken Einfluß ausüben. Es ist z. B. eine Tatsache, daß nach der französischen Rentabilität noch nicht in den Wechselkursen gefunden wurde, der auf wirtschaftlichem und weltwirtschaftlichem Gebiet durch den Krieg verändert wurde. Man sieht der neuen Lage und den gewaltigen neuen Aufgaben teilweise hilflos gegenüber, man wäre lieber gänzlich unter sich, im Gefäß, dem zum großen Teil der bekannte Bereich noch einem sehr selbst genügenden, abgeschlossenen Wirtschaftsgebiet zu zugehören ist. Diese Verhältnisse, Wünsche und Gefühle sind Importindustrien, die man besonders in Frankreich ebenso wie unterschätzen kann, wie die auf rein politischem Gebiet.

Der Verband Sächsischer Industrieller schreibt zur Frage der Ausweitung von Hypotheken und Staatspapieren, es müsse im Interesse der mittleren und kleineren Industrie die dringende Bitte an die Reichsregierung gerichtet werden, die Ausweitung der öffentlichen Anleihen mindestens in demselben Umfang vorzunehmen, wie die Ausweitung der Hypotheken berücksichtigt sei.

Der Modewechsel im Tischlereiwerke. Aus den Allgemeinen Kreisen wird dem Berl. Tagebl. geschrieben: Der entscheidende Modewechsel, der sich gerade in den letzten Monaten besonders stark ausgeprägt hat, hat in sehr vielen Fällen dazu beigetragen, die Schwierigkeiten im Tischlereiwerke durch ungünstige gewordene große Lagerbestände, die nicht mehr abtragfähig wurden und mit großen Verlusten veranschlagt werden, zu erhöhen. Dies gilt nicht nur für die Stufen-, Meister- und Künftkonsolidation, die sich infolge der Kostenschrumpfung völlig umstellen mußten, sondern auch für die Wirtschafts- und Strickwarenbranche, die nach Jahrzehnten häufiger Bevorzugung durch die Mode jetzt von der allgemeinen Nachfrage sehr vernachlässigt ist und große Verluste durch das Abstoßen der liegengebliebenen Lager weit unter den Selbstkosten erlitten hat. Aber auch die Möbel-

gewerbe konnten weiter Verbraucherkreise ohne dieses Stimulus nachholen würde.

\* Ein Erfolg der deutschen Schiffbauindustrie im Auslande. Im Wettkampf mit englischen, französischen, italienischen und deutschen Werften ist es der Bodenbaugesellschaft der Glindenberg-A.-G. für Eisen, Betonbau und Schiffsbau gelungen, mit der tatsächlichen Regierung den Bau eines großen Schwimmbades für Schiffe von 25.000 Tonnen Gewicht abzuschließen.

\* Der deutsche Außenhandel umfaßt nach einer Berechnung der Deutschen Handelskammer verdeckte Umlage in diesen Jahren 266 859 ha gegenwärtig 362 655 ha im Jahre 1924, was eine Verdopplung der Ausbaustäche um 4,03 % bedeutet. Außenverarbeitende Fabriken werden voraussichtlich 263 in Betrieb kommen gegenüber 262 im Betriebsjahr 1923/24. Diese 263 haben verteilt sich auf die einzelnen Landesteile wie folgt: Ostpreußen 4, Brandenburg 8, Sachsen 13, Provinz Sachsen 76, Hannover-Holstein 37, Westfalen und Hessen-Nassau 6, Rheinland 19, Freistaat Sachsen 5, Süddisidentland 12, Mecklenburg 8, Thüringen 5, Braunschweig 26, Niedersachsen 18.

\* Die Entwicklung des österreichischen Handels zeigt in den beiden ersten Monaten gegenüber dem Vorjahr ein gänzliches Bild. Das Postamt in der Handelsbilanz bringt für Januar und Februar durchschnittlich rund 50 Millionen Schilling gegenüber einem Monatsdurchschnitt von 123 Millionen Schilling im Vorjahr. Die Berechnung erfolgt nicht nach dem bisherigen System der Gewichtung, sondern auf Grund der Perioden-Schließung des Importeurs bez. Exporteurs. Auch der Vergleich der Mengenströme zeigt eine bedeutende Abnahme der Einfuhr und eine leidende Tendenz der Ausfuhr in den beiden ersten Monaten dieses Jahres.

\* Seidel & Röhrmann A.-G., Rähmehilfensfabrik, Dresden. Das Geschäftsjahr 1924 erbrachte einen Reingewinn von 196 295 M., aus dem 6 % Dividende auf die Vorzugsaktien verteilt, 50 000 M. der Rücklage überwiesen und 141 975 Reihenkasse auf neue Nachfrage vorgetragen werden sollen. Für das laufende Jahr ist der Auftragsbestand groß; das Unternehmen ist auf Monate hin mit Aufträgen verdeckt. Die Dividendenlosigkeit der Stammlinie wird mit der Notwendigkeit größerer Anstrengungen und der zunehmenden Entwicklung des Betriebes begründet.

\* Hermann & Alfred Fischer A.-G. in Chemnitz. Die Generalversammlung genehmigte die vorliegende Bilanz sowie die Vermögens- und Gewinn- und Verlustrechnung des mit sechs Monaten umfassenden Geschäftsjahrs. Der Reingewinn stellt sich auf 77 533 M., woraus 4 % Dividende auf die Vorzugsaktien, 2 % auf die Inhaberaktien und 1 % Superdividende auf die Inhaberaktien verteilt werden. Über den Geschäftsjahrgang wurde mitgeteilt, daß das Unternehmen mit größter Sicherheit größere Anstrengungen und der zunehmenden Entwicklung des Betriebes begründet.

\* Schweißer-Brauerei A.-G., Weizen. In der ordentlichen Hauptversammlung ist das Rechnungsbericht für das Geschäftsjahr 1923 vorgelegt und genehmigt worden. In dem Bericht des Vorstandes wird u. a. gesagt, daß es gelungen sei, durch die mit der Gesellschaftsbrauerei e. V. m. H. Dresden gegründete Interesseng

**Ein Spionageprozeß.**

Leipzig, 19. Mai.

Unter Abschluß der Öffentlichkeit begann am Dienstag vor dem 4. Strafgericht des Reichsgerichts ein großer Spionageprozeß gegen den Bureauvorsteher Heinrich Strippgen aus Essen. Der Angeklagte war mehrere Jahre Angestellter bei der Firma Krupp. Er hat als solcher wichtige Akten und Zeichnungen, die im Interesse der Landesverteidigung gehalten werden müssen, gehoben und sie in der Zeit von September 1923 bis Januar 1924 dem französischen und englischen Nachrichtendienst unterbreitet. Auch mit dem italienischen Werbedienst trat Strippgen in Verbindung, um Zeichnungen von Schiffsgeschützen auszuliefern, wurde dabei aber ermittelt und verhaftet. Der Reichsanwalt beantragte 15 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Chorflucht. Da Gericht verurteilte Strippgen nach längerer Beratung zu 12 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Chorflucht und dauernder Sanktion unter Polizeiaufsicht.

**Internationale Arbeitskonferenz.**

Genf, 19. Mai.

In der heutigen Eröffnungssitzung wurde auf gemeinsamen Vorschlag der Vertreter der Regierungen, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer der tschechoslowakischen Außenminister Venesch einstimmig zum Präsidenten der Konferenz gewählt. Venesch holt eine Ansprache, in der er für die Ehre dankt.

In der Nachmittagsitzung kam es zu einem Zwischenfall. Der Vertreter der italienischen faschistischen Gewerkschaften Rossini protestierte gegen eine Abstimmung der Arbeitnehmervertreter, die mit 26 Stimmen gegen eine Stimme die Wahl des faschistischen Vertreters in den Arbeitsausschuß abgelehnt hatten. Rossini behauptete, daß dieser Entscheid parteiisch eine Vermischung von politischen mit sozialen Aufgaben und absolut unzulässig sei. Er drohte, falls dieser Beschluß beibehalten werde, mit seinem Rücktritt von der Konferenz. Es verlautet, daß die italienische Delegation Oder erhalten hat, gegebenenfalls durch Verlassen der Konferenz gegen die ihr nicht genehmigen Beschlüsse zu mitschließen.

Auf Vorschlag des belgischen Arbeitgeberverein-Chefs Galic wird dann die Tagung geschlossen und eine neue Sitzung auf Mittwoch vormittags festgesetzt. Die Konferenz wird wahrscheinlich bis zum 6. Juni laufen. Venesch verläßt schon Freitag die Konferenz, weil er nach Prag zu wichtigen Regierungsgeschäften abberufen wird. Er wird erst am 1. oder 2. Juni zurückkommen, um die Schlusssitzung der Konferenz zu leiten.

**Die Gruppenpräsidenten.**

Genf, 19. Mai.

Zu Präsidenten und Vizepräsidenten der drei auf der Internationalen Arbeitskonferenz vertretenen Gruppen wurden folgende Delegierte gewählt: 1. Gruppe der Regierungsoberen: Präsident: Graf Altea-Spanien; Vizepräsident: Sir Chatterton-England; 2. Arbeitgebergruppe: Präsident: Carlier-Belgien; Vizepräsident: Kommerzienrat Vogel vom Verband der fälschlichen Textilindustrie; 3. Arbeitergruppe: Präsident: Mertens-Delzen; Vizepräsident: Jouhaux-Frankreich.

**Das Todesurteil der bulgarischen Attentäter bestätigt.**

Sofia, 19. Mai.

Das oberste Militärgericht hat die Richterschaftsbeschwerde der vom Kriegsgericht wegen des Attentats in der Kathedrale zum Tode verurteilten Angestellten abweisen und das Urteil bestätigt.

**Der Sowjetkongress.**

Moskau, 19. Mai.

Auf dem Kongreß der Sowjetunion gab der Finanzminister Solotnikoff einen dreistufigen Bericht über die Finanzlage der Union. Er wies darauf hin, daß im Etat das Defizit wieder verschwunden sei und daß die Sowjetregierung endgültig auf die Ausgabe von Papiergelebt verzichtet habe. Er unterstreiche freudsweg die Bedeutung der Auslandshilfe, die auch bei weiterer Entwicklung des Außenhandels, namentlich bei der Getreide- und Rohstoffausfuhr auch vor Regelung der Schiffsfrage erhalten werde, da es zunächst zur Zahlung höherer Sätze bereit sei. Das Defizit werde noch etwaiger Missverstehen und passiver Handelsbilanz durch eine wichtige Verwertung der Goldreserven weiter vermieden werden. Die Reserve der Reichsbank betrage 239 Goldmillionen. Sie sei zum größten Teile im Vorjahr in London deponiert gewesen, werde jedoch jetzt auf die Länder, zu denen man freundschafliche Beziehungen habe, verteilt werden. Den Kernpunkt der Redz Solotnikoff bildete die Erklärung, daß die ehemaligen Umlaufscheine im Mai wieder hergestellt würden, wozu die Regierung große Mittel zur Verfügung gestellt habe. Solotnikoff schloß mit den Worten: „Wir sind wohl für Konzessionen, wollen aber kein Völkerstaat für Italienische Wölfe werden. Wir besitzen auch Zahne, wenn es notwendig sein sollte.“

**kleine politische Nachrichten.**

London, 20. Mai.

In der gestrigen Unterhaussitzung wurde derzeit noch nicht abgemacht werden.

Änderungsantrag der Arbeiterpartei zur Alterationsvorlage mit 401 gegen 125 Stimmen abgelehnt. Die Sitzung wurde in zweiter Lesung beraten.

**Dresden.****Beschleunigung in Bekleidungsverfahren.**

Das Justizministerium hat an die Statthalterämter und Amtshauptleute einen Erlass gerichtet, für eine schnellere Durchführung der von ihnen übernommenen Staatsverträge wegen Bekleidung, um Zeichnungen von Schiffsgeschützen auszuliefern, wurde dabei aber ermittelt und verhaftet. Der Reichsanwalt beantragte 15 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Chorflucht. Da Gericht verurteilte Strippgen nach längerer Beratung zu 12 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Chorflucht und dauernder Sanktion unter Polizeiaufsicht.

\* **Säuglingspflege-Klausur.** Bislang entsprach wird das Deutsche Hygiene-Museum am 9. Juni, nachmittags 4 Uhr, im Deutschen Hygiene-Museum, Bismarckstraße 38/40, einen neuen Kursus über Säuglings- und Kleinkinderpflege, sowie Gesundheitspflege der Frau (abgehalten von Frau Dr. H. Weißer) beginnen. Vertragssitzungen Dienstag und Freitag nach Vereinbarung. Näheres zu erfragen unter Herrsprecher 3370.

\* **Nennen zu Dresden.** Das Mai-Wochenblatt des Dresdner Rennvereins nimmt am Himmelfahrtstage unter zahlreicher Beteiligung der auswärtigen Rennländer in den Ruhland, neu zu befehlen. Belebung am Sonnabend abend ein Tätiler Auto mit einer Zylinderette zusammen. Der Tätiler Auto befindliche Oberstudientant a. D. Stuhle aus Zülz wurde schwer verletzt, jedoch nach einer Stunde starb. Der in der Zylinderette sitzende Gutsbesitzer Gruber aus Alzhausen war sofort tot.

**Eine Mühle eingäschert.**

Görlitz, 19. Mai.

Durch ein großes Feuer wurde heute nacht die Dreigrafenmühle an der Altstadtbrücke vollständig zerstört. Die Mühle brannte bis auf die Umfassungsmauern nieder. Der Schaden ist bedeutend. Die Entstehungsursache ist noch nicht bekannt.

**Zusammenstoß zwischen Auto und Zylinderette.**

Tilsit, 18. Mai.

An einer Straßenkreuzung in Sodenau ließ am Sonnabend abend ein Tätiler Auto mit einer Zylinderette zusammen. Der Tätiler Auto befindliche Oberstudientant a. D. Stuhle aus Zülz wurde schwer verletzt, jedoch nach einer Stunde starb. Der in der Zylinderette sitzende Gutsbesitzer Gruber aus Alzhausen war sofort tot.

Die Stelle des

**Oberpolizei-Kommissars**

(Vorster der äußeren Polizei) der Stadt Falkenstein i. B. — Ostal. B. über 16 000 E. — ist am 1. November 1925, infolge Übertritt des jungen Siedlungsmeisters in den Ruhland, neu zu befehlen. Belebung am Sonnabend abend ein Tätiler Auto mit einer Zylinderette zusammen. Der Tätiler Auto befindliche Oberstudientant a. D. Stuhle aus Zülz wurde schwer verletzt, jedoch nach einer Stunde starb. Der in der Zylinderette sitzende Gutsbesitzer Gruber aus Alzhausen war sofort tot.

Stadtrat zu Falkenstein i. B.

**Beamtenanwärter**

nicht unter 22 Jahren für die bessige Spar-, Giro- und Gemeindekasse zum sofortigen Antritt befähigt. Befolgt nach den staatl. Säigen Gruppe V. Ortsklasse C. Nur gut vorgebildliche Bewerber wollen Beweise mit ausführlichem Lebenslauf und unter Beifügung vonzeugnissen umgehend einreichen.

Banneby, den 19. Mai 1925.

**Der Gemeinderat.**

**Echte Reiher** | **Sächs. Staatszeitung**  
sind immer am schönsten  
und billig bei [3] | **Einzelne Nummern**  
**Hesse, Schloßstr. 12.** | **15 Pfennig**

**Jahresschau Deutscher Arbeit Dresden 1925.**

Das Spezialhaus einer gut bürgerl. Wohnungseinrichtung stellt eine komplette Einrichtung aus:

1 Herrenzimmer	Eiche geb.
1 Speisezimmer	desgl.
1 Schlafzimmer	hell
für zusammen Mk. 2695.00.	

**Möbelhaus Eichenberg G. m. b. H.**

Struvestraße 6.

1092

Die von uns ange-  
stellten **Depositen-**  
**scheine** Nr. 5982 vom  
1. Juli 1892, 23582 vom  
23. Januar 1904

sind bei uns als verloren  
angesehen worden. In  
Gemäßheit von § 12 un-  
seres rev. Status vom  
21. 6. 1920 machen wir  
dies hiermit unter der  
Bedeutung bekannt, daß  
wir die obigen Scheine für  
kraftlos erklären und an  
ihrer Stelle Duplikate  
ausstellen werden, wenn  
wir innerhalb dreier Mo-  
nate, vom unten ange-  
führten Tage ab, Infor-  
mation über Anrechnung  
oder bei uns nicht  
melden sollten.

Dresden, 20. April 1925

**Sächsische Bank zu Dresden**  
Schmidt Dr. Dehne

Tageskalender.

Donnerstag, 21. Mai:  
Staatstheater.  
Opernhaus.

Zum erstenmal, außer Anrechnung,

Doctor Faust. Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr.

Freitag, 22. Mai:  
Der eingebildete

Kräfte. (D. B. Nr.

8501—8700.) Anfang

10 Uhr. Ende gegen

10 Uhr.

Ende nach 10 Uhr.

Samstag, 23. Mai:

Die Feuerzangenbowle.

Montag, 25. Mai: